



Protokoll

der 9. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 9. April 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	<i>Balz Herter, Grossratspräsident</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	<i>Tobias Christ (GLP), Beda Baumgartner (SP), Nicola Goepfert (BastA), Remo Gallacchi (Mitte/EVP).</i>

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	3
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte.....	4
3.	Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Adrian Iselin, LDP)	4
4.	Übernahme Wildt'sches Haus am Petersplatz 13 in das Eigentum des Kantons Basel-Stadt unter Weiterführung des Stiftungszwecks, Ratschlag des RR	5
6.	Antrag Tobias Christ und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend effiziente Gesundheitsversorgung durch überregionale Planungsregionen	8
7.	Motion 1 Michela Seggiani und Konsorten betreffend Gestaltung von nachhaltig erfolgreichen Matching - Prozessen zwischen Jugendlichen und Lehrbetrieben in der Berufslehre.....	13
8.	Motion 2 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Ausbau der Sportflächen für den Breitenfussball..	14
9.	Motion 3 Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb	14
10.	Motion 4 Johannes Sieber und Konsorten betreffend Ergänzung des Kulturfördergesetzes zwecks Förderung des Kulturjournalismus.....	21
11.	Motion 5 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Open-Source für Basel-Stadt analog Art. 9 EMBAG	27
12.	Anzug 1 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend zukunftsfähige Mobilitätslösungen bei Unternehmen, Veranstaltungen und Institutionen	27
13.	Anzug 2 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Optimierung des Tramverkehrs durch die Innenstadt	27
14.	Anzug 3 Lukas Bollack und Konsorten betreffend bessere Anbindung des südöstlichen Bruderholzquartiers mit dem Velo	29
15.	Anzug 4 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Massnahmen zur Sicherung der Unterrichtsqualität und Unterstützung von Lehrpersonen ohne abgeschlossene Ausbildung an unseren Schulen.....	31
16.	Anzug 5 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Soziale Sicherheit für Frauen durch verbesserte Information & Planung - das «cash or crash»-Tool.....	31
17.	Anzug 6 Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Toilettensituation im Landschaftspark Wiese	33
18.	Anzug 7 Stefan Suter und Konsorten betreffend Postzustellung A-Post +	34
19.	Anzug 8 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Dranbleiben an den Planungen für zusätzliche Grün- und Freiräume im unteren Kleinbasel	34
20.	Anzug 9 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Einführung Edubs-Book und dessen praktische Handhabung (Tastaturkenntnisse, Ergonomie).....	34
21.	Anzug 10 Eric Weber betreffend Steuern senken	34
22.	Anzug 11 Eric Weber betreffend FC Basel soll die Polizei Einsätze selbst bezahlen	35
23.	Anzug 12 Eric Weber betreffend Schutz dem Basler Wald - das grüne Herz unseres Kantons.....	37
24.	Anzug 13 Eric Weber betreffend Behörden sollen Nationalität von Tätern nennen.....	38



- 25. Anzug Thomas Müry betreffend thermographische Aufnahmen zur Feststellung von Energieverlusten im Gebäudebereich, Schreiben des RR 39
- 26. Anzug Katja Christ und Konsorten betreffend smarte Stadtbeleuchtung, Schreiben des RR 39



Beginn der 9. Sitzung

Mittwoch, 9. April 2025, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[09.04.25 09:00:21]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Als erstes möchte ich Sie nochmals dazu aufrufen, hier im Saale etwas ruhiger zu sein. Es ist uns allen aufgefallen, dass es sehr laut ist seit der neuen Legislatur und Gespräche hier drin überall stattfinden. Führen Sie diese bitte draussen, das wäre sehr freundlich von Ihnen.

Neue Interpellationen

Es sind 16 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummer 30 bis 33, 36, 37, 39 und 43 werden mündlich beantwortet.

Kaffeespende

Silvia Schweizer und Patrick Fischer feiern heute Geburtstag. Sie spendieren uns deshalb heute Morgen den Kaffee. Ich gratuliere herzlich und bedanke mich ebenfalls.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen somit zur

Tagesordnung

Es wurde der Antrag zur Traktandierung einer dringlichen Interpellation von Anina Ineichen eingereicht. Diese wurde Ihnen verteilt. Die Interpellantin möchte begründen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Der Entscheid gestern der Regierung hat weitreichende Konsequenzen auf unsere Daten und die Daten aller unserer Einwohnerinnen und Einwohner. Er hat Konsequenzen für weitere Organisationen wie die Gerichte und die Parlamentsdienste, die nicht direkt dem Regierungsrat unterstellt sind. Der Entscheid wurde gegen die Empfehlung der Datenschützerin ausgesprochen. Die Datenschützerin hat eine sehr gute Mitteilung verteilt mit einem imposanten Anhang an Dokumenten, unter anderem einer spannenden Wegleitung der Kanzlei Vischer, die vieles aufzeigt, was gefährlich ist bei einer M365-Nutzung, weil diese Daten nicht sicher sind, auch wenn sie verschlüsselt sind. Solange wir ein Produkt nutzen von Microsoft, sind die Daten nicht sicher, weil die Regierung in den USA grundsätzlich zugreifen kann mit dem Cloud App. Expert*innen überall in Europa warnen vor der Nutzung. Viele Länder überlegen sich, jetzt umzusteigen. Schleswig-Holstein zum Beispiel ist schon umgestiegen, auch der Bund hat ein Projekt gestartet, um die Exitstrategie zu bedenken und neue Lösungen zu finden.

Nun braucht meines Erachtens der Grosse Rat dringend Antworten aus dieser Interpellation, um zu beurteilen, wie wir weiter vorgehen wollen. Es geht nicht an, dass ein so weitreichender Entscheid ohne Einbezug des Grossen Rats gefällt wird meines Erachtens. Ich bitte Sie darum, diese Interpellation zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bei einer Traktandierung muss der Regierungsrat diese in der laufenden Session beantworten. Dies bedeutet heute oder morgen.

Wir stimmen darüber ab. Es ist ein Zweidrittelmehr für die Traktandierung der Interpellation notwendig.

2/3-Abstimmung

JA heisst Traktandierung der dringlichen Interpellation, NEIN heisst keine Traktandierung.



Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 30 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006298, 09.04.25 09:04:25]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Abstimmung wird wiederholt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir starten die Abstimmung erneut.

2/3-Abstimmung

JA heisst Traktandierung der dringlichen Interpellation, NEIN heisst keine Traktandierung.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 32 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006300, 09.04.25 09:06:32]

Der Grosse Rat beschliesst

keine dringliche Traktandierung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Zweidrittelmehr wurde nicht erreicht. Somit ist das Geschäft erledigt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Tagesordnung zu genehmigen.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[09.04.25 09:06:50]

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an die Kommissionen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Zuweisungen gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte zu genehmigen.

3. Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Adrian Iselin, LDP)

[09.04.25 09:07:16]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahl offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Für offene Wahlen braucht es eine Zustimmung mit einem Zweidrittelmehr, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen.



Wir stimmen über die offene Wahl ab.

2/3-Abstimmung

JA heisst offene Wahlen, NEIN heisst geheime Wahlen

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006303, 09.04.25 09:08:15]

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für offene Wahlen entschieden.

Gemäss § 14 Abs.1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zuständig, welche auf Mitglieder der Fraktion LDP lauten.

Für die Wahl als Mitglied der JSSK von der Fraktion LDP vorgeschlagen wurde Gabriel Nigon.

Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir schreiten damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Gabriel Nigon wählen will, stimmt JA. Wer ihn nicht wählen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006305, 09.04.25 09:09:15]

Der Grosse Rat wählt

Als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Adrian Iselin, LDP) **Gabriel Nigon**, LDP

Balz Herter, Grossratspräsident: Gabriel Nigon wurde mit 91 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung gewählt.

Ich gratuliere Ihnen zur Wahl und wünsche Ihnen im Amt viel Freude.

4. Übernahme Wildt'sches Haus am Petersplatz 13 in das Eigentum des Kantons Basel-Stadt unter Weiterführung des Stiftungszwecks, Ratschlag des RR

[09.04.25 09:09:29, 25.0160.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Finanzkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort hat deren Präsident Joël Thüring.



Joël Thüring (SVP): Mit diesem Ratschlag beantragt Ihnen der Regierungsrat, die Übernahme der Liegenschaft Wildt'sches Haus in das Eigentum des Kantons Basel-Stadt unter Weiterführung des Stiftungszwecks zu bewilligen. Für die Bewirtschaftung werden wiederkehrend Personalmittel in der Höhe von 120'000 Franken pro Jahr zu Lasten der Erfolgsrechnung beantragt.

Das Geschäft wurde der Finanzkommission überwiesen. Sie hat sich entsprechend in der Folge an einem Hearing über das Geschäft informieren lassen. Anwesend waren die Staatsschreiberin sowie Vertreterinnen und Vertreter von Immobilien Basel-Stadt.

Das Wildt'sche Haus wurde 1762 bis 1764 vom Architekten Johann Jacob Fechter für den Seidenbandfabrikanten Jeremias Wildt-Socin erbaut. Es war für dessen Tochter und ihren Mann bestimmt, die es dann auch bezogen haben. Eigentümerin ist die Stiftung Wildt'sches Haus, Stiftungszweck ist der Erhalt des Gebäudes und seine Nutzung für Repräsentationszwecke der Universität Basel und des Regierungsrats. Auch eine Vermietung an Dritte ist möglich.

Seit 1957 ist dieses Haus einer staatlichen Liegenschaft gleichgestellt. Der Kanton Basel-Stadt trägt den Unterhalt und gewährt eine Defizitgarantie. Für 2021 bis 2024 wurden hierfür 480'000 Franken bewilligt. Wegen unzureichender Einnahmen aus Vermietungen und eingeschränkter Nutzungsmöglichkeiten ist die finanzielle Lage der Stiftung angespannt. Deshalb hat der Stiftungsrat beschlossen, die Stiftung Wildt'sches Haus aufzulösen und die Liegenschaft dem Kanton zu einem symbolischen Betrag zu übertragen. Die BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel hat die Übertragung des Wildt'sches Hauses am Petersplatz an den Kanton im Rahmen der Liquidation der Stiftung unter Einhaltung bestimmter Bedingungen im Grundsatz zugestimmt. Bedingungen wie die grundbuchliche Sicherung des Stiftungszwecks, die Übernahme ins Verwaltungsvermögen und der Erarbeitung eines Betriebs- und Nutzungskonzepts. Diese Punkte werden im Vermögensübertragungsvertrag festgehalten.

Vor diesem Hintergrund beantragt der Regierungsrat nun die Übernahme der Liegenschaft zu einem symbolischen Betrag von einem Franken unter Weiterführung des bisherigen Stiftungszweckes. Die Stiftung kann somit liquidiert werden. Vermögen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem Wildt'sches Haus gehen an den Kanton über. Der Stiftungszweck, insbesondere das Nutzungsrecht für Universität und Regierungsrat, wird durch eine Dienstbarkeit gesichert. Nach Genehmigung durch den Grossen Rat wird die Stiftung 2025 liquidiert. Der Unterhalt erfolgt, wie bereits erwähnt, schon seit den 1950-Jahren durch IBS. Daran ändert sich durch die Übernahme nichts, nur die Schnittstelle zur Stiftung entfällt, was den Ablauf vereinfacht. Künftig soll auch die Vermietung im Rahmen einer Objektstrategie optimiert und ein passendes Betriebskonzept umgesetzt werden.

Mit der künftigen Objektstrategie soll das Haus als repräsentatives Gebäude erhalten bleiben, weiterhin für Anlässe von Regierung und Universität zur Verfügung stehen, neu aber auch benötigt werden können oder genutzt werden können für die Verwaltung und auch den Grossen Rat. Auch Tagesmieten für Anlässe bleiben möglich. Bisher wurden nur wenige Räume vermietet. Neu sollen elf Räume inklusive einem Gewölbekeller mit insgesamt 640 m² zur Verfügung stehen, also rund 50 Prozent mehr Fläche. Ziel ist auch entsprechend eine intensivere Nutzung, 2023 fanden neun Vermietungen statt, 2024 nur sechs. Das Haus bietet repräsentative gebrauchstaugliche Räume, der notwendige Ausbau ist weitgehend vorhanden, es braucht aber Modernisierungen bei Sanitäranlagen und Infrastruktur. Andere Betriebsräume, beispielsweise für Catering, aber auch Lager sind vorhanden. Zudem ist für die bessere Nutzung auch die barrierefreie Erschliessung geplant, da das Gebäude derzeit keinen Lift hat und auch der Haupteingang nicht behindertengerecht zugänglich ist.

Die Staatskanzlei übernimmt gemeinsam mit dem Bau- und Verkehrsdepartement den Betrieb und Unterhalt, wobei der bauliche Standard beibehalten wird. Ein Betriebs- und Nutzungskonzept regelt alle relevanten Abläufe wie Sicherheit, Zutritt, Logistik und die Entsorgung unter Berücksichtigung des historischen Charakters. Die darin vorhandene Weiterführung des Stiftungszwecks trug zur Zustimmung der Stiftung zur Eigentumsübertragung bei. In den Verhandlungen wurde ein Übernahmewert der Liegenschaft von einem Franken vereinbart unter Berücksichtigung der Staatsbeiträge und des Unterhalts durch den Kanton. Die Stiftung trägt die Kosten der Auflösung, ein eventueller Restbestand geht an den Kanton. Mit der Übernahme übernimmt der Kanton auch die auf dem Grundstück lastende Hypothek von 360'000 Franken, die aufgrund der Vereinigung von Schuldner und Gläubiger entfällt. Aufgrund des Werts der Liegenschaft liegt die Übertragung des Wildt'sches Hauses ins Vermögen des Kantons, also in das Verwaltungsvermögen, in der Kompetenz des Grossen Rates und untersteht zudem dem fakultativen Referendum. Im ursprünglich Ihnen zugestellten Ratschlag hat sich hier ein Fehler auf Seite 6 eingeschlichen. Die Ablösung der Hypothekarschule beläuft sich auf 360'000 Franken. Dies wurde in der Zwischenzeit korrigiert.

Die geplante Objektstrategie, die elf Räume für Anlässe und Sitzungen bereitstellt, wird die Nutzung und Erlebbarkeit des Wildt'sches Hauses erheblich steigern. Langfristig wird mit einer höheren Auslastung gerechnet, was den Erwirtschaftungsaufwand erhöht. Für den Betrieb ist eine Stelle mit einem Jahresaufwand von 120'000 Franken vorgesehen, wie im Budget 2025 beantragt. Eine umfassende Vermietung wird frühestens 2026 möglich sein und der Personalbedarf wird nach dem ersten Betriebserfahren evaluiert. Die neue Objektstrategie und die erforderlichen Personalressourcen ermöglichen eine höhere Auslastung. Für die Universität und die Verwaltung, und das ist wichtig, inklusive dem Grossen Rat



ist ein Vorzugspreis vorgesehen. Nach Umsetzung der Strategie und den baulichen Massnahmen werden Einnahmen von 52'000 Franken pro Jahr erwartet, wobei in den ersten Jahren nach der Übernahme aufgrund von Sanierungsarbeiten mit geringeren Erträgen zu rechnen ist.

Die Finanzkommission hat deshalb einstimmig beschlossen, dem Geschäft zuzustimmen. Sie macht im Ratschlag auf Seite 8 auf einen zweiten Fehler aufmerksam, der ebenfalls in der Zwischenzeit korrigiert wurde, bei Ziffer 2 im Grossratsbeschluss sollte es 120'000 Franken heissen. Wir bitten Sie also, wie auch die Finanzkommission heute um Ihre Zustimmung und danken für die Aufmerksamkeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Oliver Thommen hat das Wort.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich möchte eigentlich nur noch eine kurze Anmerkung oder eine Anregung an die Regierung machen, der mir beim Lesen des Ratschlags aufgefallen ist. Als Abkomme einer Region, wo der Webstuhl sehr oft spann und arbeitete, würde ich gerne anregen, dass man vielleicht bei den Vermietungen, da es ja jetzt wieder in staatlichem Besitz ist und nicht mehr ein Stiftungszweck verfolgen muss, dass das neben dem Kanton Basel-Stadt auch der Kanton Baselland, seine Regierung für offizielle Anlässe nutzen könnte. Nichtsdestotrotz war ja Jeremias Wildt-Socin ein Grossgrundbesitzer und Seidenbandfabrikant, der sein Vermögen ja unter anderem in unserem geschätzten Nachbarkanton machte und vielleicht hilft das ja auch bei der sehr zerrütteten Partnerschaft, wenn man von aussen hinsieht, als gutes Zeichen des guten Willens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. In einer zweiten Runde verzichten Regierungsrätin Soland und Joël Thüring.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 8 des Ratschlags)

Titel und Ingress

1. Übernahme

2. Kosten Betrieb

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006307, 09.04.25 09:19:16]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Die Übernahme der Liegenschaft «Wildt'sches Haus», Petersplatz 13, Parzelle Nr. 290 in Sektion 1, in das Eigentum des Kantons Basel-Stadt (Verwaltungsvermögen) unter Weiterführung des Stiftungszwecks wird genehmigt.

2. Für den Betrieb des Wildt'schen Hauses werden wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von Fr. 120'000 pro Jahr zu Lasten der Erfolgsrechnung des Präsidialdepartements (Staatskanzlei) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

6. Antrag Tobias Christ und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend effiziente Gesundheitsversorgung durch überregionale Planungsregionen

[09.04.25 09:19:22, 25.5086.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Niggi Rechsteiner wünscht das Wort als Einzelsprecher.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Ich spreche hier im Namen von Tobias Christ, der die Standesinitiative eingereicht hat. Die GLP beantragt hiermit die Einreichung einer Standesinitiative zur verbindlichen und überregionalen Spital- und Gesundheitsplanung.

Die Erfahrung zeigt leider, dass die freiwillige Koordination zwischen den Kantonen oft nur unzureichend funktioniert, was zu ineffizienten Strukturen, Doppelspurigkeit und letztlich hohen Gesundheitskosten führt. Die Gesundheitsversorgung ist eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit. Die steigenden Kosten und unkoordinierte Planungsprozesse gefährden nicht nur die finanzielle Tragbarkeit des Systems, sondern auch dessen Qualität. Die Kantone sind gesetzlich zur interkantonalen Koordination verpflichtet, doch in der Praxis wird diese nur fragmentarisch umgesetzt. Basel-Stadt kann hier eine Vorreiterrolle übernehmen und gemeinsam mit Baselland sowie weiteren Kantonen der Nordwestschweiz eine nationale Debatte anstossen.

Ein gleichlautender Vorstoss wurde im Baselbieter Landrat eingereicht, aber noch nicht debattiert. Allerdings liegt dort schon eine Stellungnahme des Regierungsrats vor. Der Regierungsrat Basel-Landschaft lehnt die Standesinitiative mit der Begründung ab, dass bereits ausreichende interkantonale Koordinationsmechanismen bestehen und eine weitere Integration der Versorgungsplanung nicht zielführend sein. Wir widersprechen dieser Einschätzung aus folgenden Gründen:

1. Die bestehende Koordination reicht nicht aus. Der Regierungsrat verweist auf die gesetzlichen Grundlagen im KVG und auf interkantonale Vereinbarungen wie der Staatsvertrag zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Doch gerade dieser Staatsvertrag wird just im Kanton Basel-Landschaft und insbesondere auch von dessen Regierung aktuell wieder stark in Frage gestellt.
2. Die Ablehnung durch Nachbarkantone ist kein Argument gegen die Initiative. Der Regierungsrat Baselland argumentiert, dass die Nachbarkantone Aargau, Solothurn und Jura eine Beteiligung an der gemeinsamen Gesundheitsregion abgelehnt haben. Doch dies zeigt gerade das Problem, eine freiwillige Zusammenarbeit stösst an ihre Grenzen. Die Kantone entscheiden nach eigenen Interessen, was die überregionale Gesundheitsversorgung beeinträchtigt.
3. Die Rolle des Bundes ist entscheidend. Der Regierungsrat befürchtet, dass eine stärkere Bundeskompetenz die kantonale Gesamtversorgungsplanung schwächen könnte. Doch genau das Gegenteil ist der Fall. Der Bund würde lediglich die Planungsregion definieren, die Umsetzung bliebe bei den Kantonen. Die Kompetenzverteilung wäre klar geregelt. Der Bund sorgt für eine überregionale Strategie, die Kantone behalten ihre Finanz- und Steuerungshoheit. Nur falls die Kantone sich nicht auf eine koordinierte Planung einigen können, muss der Bund als übergeordnete Instanz eingreifen können. Genau das fordert die Standesinitiative.

Die Begründung des Regierungsrats Baselland zeigt also auf, dass ein nachhaltiger Paradigmenwechsel unbedingt notwendig ist. Die GLP setzt sich für eine effiziente kostendämpfende und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung ein. Dazu braucht es eine verbindliche interkantonale Spital- und Gesundheitsplanung. Die Standesinitiative fordert deshalb zusammenfassend verbindliche überregionale Planung in Gesundheitsregionen, Festlegung von Gesundheitsregionen nach sachlichen Kriterien, Patientenströme statt politische Grenzen, eine klare Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen. Der Bund sorgt für Struktur, die Kantone für die Umsetzung.

Die heutige Situation mit freiwilligen Vereinbarungen führt zu suboptimalen Lösungen und steigenden Kosten. Die Gesundheitsversorgung muss effizienter und vorausschauender geplant werden. Diese Standesinitiative ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Die GLP-Fraktion bittet Sie daher um Ihre Zustimmung.



Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die regionale und überregionale Zusammenarbeit in der Gesundheitsversorgung ist ausserordentlich wichtig und sie gewinnt angesichts der fortschreitenden Entwicklung der Angebote und des medizinischen Fortschritts zusehends an Bedeutung. Der Regierungsrat anerkennt daher die von den Antragstellenden genannten Herausforderungen. Wir sind uns diesbezüglich einig.

Genau aus diesen Gründen wurde unter anderem der Staatsvertrag zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft betreffend Planung, Regulation und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung abgeschlossen und in der Volksabstimmung vom 10. Februar 2019 von der Stimmbevölkerung beider Kantone auch angenommen. Seither haben wir zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft eine voll integrierte gemeinsame Versorgungsplanung. Wir erheben gemeinsam die Patientenströme, wir vergeben gemeinsam und einheitlich die Leistungsaufträge an die Spitäler und unsere Region beider Basel ist dafür eine geeignete Region. Wir erreichen mit unserer gemeinsamen Planung weit über 90 Prozent der Behandlungen unserer Bevölkerung und haben auch namhafte Patientenströme aus anderen Kantonen, insbesondere Aargau, Solothurn, Jura sowie aus dem benachbarten Ausland. Wir haben hier also in Basel, was Sie in Ihrer Standesinitiative verlangen.

Mit Blick auf die regionale Ausdehnung des geografischen Wirkungskreises unseres Staatsvertrages sieht dieser explizit vor, dass weitere Kantone beitreten können. Das Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt wie auch die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft fragen die Kantone Aargau, Jura und Solothurn regelmässig an, letztmals im Herbst 2024, ob sie sich verbindlich an der gemeinsamen Gesundheitsregion beteiligen möchten. Bisher war diesen Anfragen noch kein Erfolg beschieden. Das ist auch verständlich, wenn Sie sich die geografische Situation der genannten Kantone vor Augen führen. Sie fühlen sich nicht ausschliesslich in der Nordwestschweiz zugehörig, sondern reichen auch namentlich mit ihren Patientenströmen in andere Regionen und haben deshalb eine besondere Situation, was wir auch anerkennen sollten.

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Antrag soll jetzt der Bund dazu aufgefordert werden, die rechtlichen Grundlagen für eine verpflichtende Spital- und Gesundheitsplanung zwischen den Kantonen zu schaffen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die rechtlichen Grundlagen für eine verpflichtende interkantonale Spitalplanung bereits existieren und auch umgesetzt werden. So ist die Spitalplanung und die daraus resultierende Erstellung der Spitalliste im Artikel 39 des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) als kantonale Aufgabe explizit festgelegt und die Kantone sind verpflichtet, ihre Planungen zu koordinieren. Wie die Koordination zu erfolgen hat, wird in Artikel 58e der Krankenversicherungsverordnung detailliert ausgeführt. So müssen die Kantone die Informationen über die Patientenströme auswerten, diese Informationen mit den betroffenen Kantonen austauschen und sie bei ihrer Spitalplanung entsprechend berücksichtigen. Dem wird zusätzlich mit den Empfehlungen der Schweizerischen Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) zur Spitalplanung Rechnung getragen. Dort ist noch einmal detaillierter festgehalten und vereinbart zwischen den Kantonen, wie wir das machen. In diesem Sinn sind die Empfehlungen als Beitrag zur interkantonalen Koordination der Spitalplanung im Sinne des KVG zu verstehen.

Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass die interkantonale Koordination der Spitalplanung in der Nordwestschweiz bereits heute stattfindet. So werden etwa die Patientenströme im periodischen Austausch in Arbeitsgruppen analysiert sowie operative und strategische Fragestellungen diskutiert. Dabei werden die Patientenströme in den jeweiligen Versorgungsplanungsberichten der beiden Basel sowie auch der Kantone Aargau, Bern und Solothurn berücksichtigt. Zudem werden relevante Leistungserbringer in der Nordwestschweiz schon heute auf den jeweiligen kantonalen Spitallisten unabhängig vom Spitalstandort berücksichtigt. Also die Kantone vergeben auch Leistungsaufträge an ausserkantonale Spitäler. Noch andere Regeln gelten im Bereich der hochspezialisierten Medizin, dort wissen Sie, gibt es diese interkantonale Vereinbarung und dort wird die Planung bereits schweizweit vorgenommen.

Ist meine Redezeit schon zu Ende? Dann muss ich an dieser Stelle zum Schluss kommen und mir vorbehalten, noch ergänzende Ausführungen dann später anzubringen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Sprecherin ist Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Wir haben diesen Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative bei uns in der Fraktion breit diskutiert und wir sehen grundsätzlich die Problematiken, die Niggi Rechsteiner namens der GLP vorhin ausgeführt hat, sehr deutlich. Wir sind auch der Meinung, dass es durchaus mehr Zusammenarbeit braucht, dass es mehr Kooperation braucht, dass man eine qualitativ gute Gesundheitsversorgung, aber auch eine Gesundheitsversorgung, die dann für die Bevölkerung bezahlbar ist, erreicht, indem man eben enger zusammenarbeitet, sich unterstützt, zusammen plant, zusammen auch Infrastrukturen plant im Gesundheitswesen und auch die gesamte Grundversorgung gemeinsam koordiniert.



Nichtsdestotrotz, das haben Sie wahrscheinlich dem «Chrüzlistich» entnehmen können, haben wir uns schlussendlich überwiegend gegen die Überweisung ausgesprochen und das primär aus formellen Gründen.

Zum einen, es wurde ausgeführt, gibt es verschiedene Instrumente, die bereits zum Tragen kommen. Zum anderen gibt es auch sehr viele verschiedene bereits hängige politische Vorstösse. Es gibt auf kantonaler Ebene sowohl jetzt in unserer Region Vorstösse, die verlangen, dass enger zusammengearbeitet wird und an diesen halten wir auch fest. Da erwarten wir auch nach wie vor, dass das getan wird und sehr gerne auch über die beiden Kantone Baselland und Basel-Stadt hinaus. Zum anderen gibt es aber auch auf nationaler Ebene verschiedene politische Vorstösse. Es gibt mitunter ein Postulat von Sarah Wyss, das letzten Herbst überwiesen wurde, das genau Forderungen in diese Richtung stellt, das bereits überwiesen wurde. Es gibt Vorstösse von der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, die als Kommission eine entsprechende Motion eingereicht hat und da einschreitend agieren möchte, also dem Bund da mehr Verantwortung bzw. ihn stärker in die Pflicht nehmen möchte. Und es gibt auch eine entsprechende Motion, die im Nationalrat eingereicht wurde seitens der GLP.

Aufgrund dieser Ausgangslage und auch in Anbetracht dessen, dass Standesinitiativen ja in Bundesbern nicht so gerne gesehen werden und in der Regel sowieso einfach ziemlich abgetischt werden, haben wir uns dann dazu entschlossen, auch wenn wir die Forderung sehr gut nachvollziehen können und da auch hoffen, dass da in Zukunft noch enger, noch besser zusammengearbeitet wird, jetzt auf diese zusätzliche, sagen wir mal, Arbeitsbeschaffung mit geringem Ausgangserfolg zu verzichten. Nichtsdestotrotz ist festzuhalten, dass wir durchaus erwarten, dass in Zukunft enger miteinander zusammengearbeitet wird und wir die Forderung des Anliegens auch sehr gut nachvollziehen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Die Fraktion BastA erachtet das Anliegen von Tobias Christ, welches im Vorstoss beschrieben ist, grundsätzlich als berechtigt und inhaltlich auch nicht als falsch. Der Vorstoss liegt unserer Meinung nach aber auf einer symbolischen Ebene und klammert wesentliche Aspekte, die uns wichtig wären, aus. Deshalb stellt sich uns die Frage, ob nun eine Überweisung auf dieser symbolischen Ebene nun wirklich so viel Sinn macht. Klar wären bikantonale und überregionale Planungen in der Gesundheitsversorgung, die über die Definition von gemeinsamen Spitallisten hinaus weichen und Gesundheits-, Infrastruktur- und Spitalplanungen miteinschliesst, sehr sinnvoll. Dies haben wir ja immer befürwortet, dass diese vor allem im Sinne der Bevölkerung und des Service Public ausgestaltet werden.

Also weshalb lehnen wir nun die Überweisung dieser Standesinitiative an den Regierungsrat ab? Aus folgenden drei Gründen:

Erstens, wie Herr Regierungsrat Engelberger auch schon ausgeführt hat, in den Kantonen Baselland und Basel-Stadt besteht bereits eine gemeinsame Gesundheitsregion und es bestehen auch bereits erste Kooperationen zu Spitälern des Juranordfusses. Der Rahmen wäre also vorhanden und wir sind der Meinung, dass diese für die Erreichung der Zielsetzungen ausreichend ist, aber leider stockt es mit der Umsetzung in Teilaspekten. Und anstatt eine Standesinitiative einzureichen, soll der Regierungsrat all seine Kräfte auf ein bikantonales Zusammenraufen verwenden, um die GGR auf die von der Stimmbevölkerung gewünschte wirkungsvolle Stufe zu heben. Dabei stehen für BastA nicht die Kosteneinsparungen im Vordergrund, sondern ein qualitatives, nachhaltiges und auf den effektiven medizinischen Bedarf ausgerichtetes Angebot fernab von gegenseitiger Konkurrenzierung und Erreichung von EBITDA-Margen.

Zweitens, zudem ist die Standesinitiative eigentlich überflüssig. Auch das wurde schon erläutert, das Anliegen von Planungsregionen ist bereits in Bundesbern mehrfach deponiert. Unter anderem hat die ständerätliche Kommission einen entsprechenden Vorstoss bereits eingereicht und mit unserer Nationalrätin Sarah Wyss haben wir ja eine Vertreterin aus unserem Kanton, die sich für das Anliegen eh schon stark macht. Aber wie wir alle wissen, wimmelt es in Bern nur so von Gesundheitswesen-Lobbyisten und deshalb, ehrlich gesagt, erwarte ich von einer eingereichten Standesinitiative bei diesem bürgerlichen Bundesparlament überhaupt nichts Gescheites und Kreatives. Wir können uns also diesen symbolischen Schritt einsparen.

Und drittens fokussieren die Formulierungen in der Standesinitiative zu sehr auf Einsparungen, Effizienzgewinnen und Dämpfung der Gesundheitskosten. Ich bin das sehr skeptisch, denn eigentlich wissen wir ja alle, dass die Zitrone bereits ausgepresst ist und die verheissenden grossen Einsparungen gar nicht mehr zu erzielen sind. Im Gegenteil, die dringend notwendigen Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen in der Pflege und den Assistenzärzt*innen sind nicht kostenfrei zu haben und dass die Erneuerung der Spitalinfrastruktur nicht durch die Betriebsgewinne der Spitäler refinanziert werden können, ist nun, glaube ich, schweizweit auch allen bekannt. In der ganzen Diskussion wird völlig ausser Acht gelassen, dass das gesamte Finanzierungssystem seit der Einführung von Fallpauschalen oder Auslagerungen von kostenintensiven Universitätskliniken und dem von bürgerlicher Seite auferlegten Kostendruck auf die Spitäler nicht mehr funktioniert. Es braucht andere Ansätze. Neben den bikantonalen Regulierungen und Planungen braucht es bessere Arbeitsbedingungen



und mehr ausgebildetes Fachpersonal, mehr Zeit für den Patienten am Bett, weniger Administration, weniger Controlling und dringend ein anderes Finanzierungssystem.

Aus all diesen Gründen werden wir die Standesinitiative nicht überweisen. Wir sind der Meinung, dass wir unseren Fokus besser auf die qualitative Weiterentwicklung unserer gemeinsamen Gesundheitsregion und für einen wirklichen Systemwechsel der Finanzierung des Gesundheitswesens legen sollen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Die FDP unterstützt die Überweisung dieser Standesinitiative ausdrücklich. Die zunehmenden Herausforderungen im Gesundheitswesen, insbesondere im Bereich der Spitalplanung, verlangen nach neuen überkantonalen Lösungen. Die Standesinitiative greift ein Problem auf, das seit Jahren bekannt ist. Die freiwillige Zusammenarbeit zwischen den Kantonen reicht nicht aus, um eine effiziente, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Eine gesetzlich verankerte verbindliche Planung in funktionalen Versorgungsregionen, abgestimmt auf Patientenströme und den Versorgungsbedarf, ist ein sinnvoller und notwendiger Schritt. Gleichzeitig bliebe die föderale Verantwortung der Kantone gewahrt bei gleichzeitiger Klarheit in der Kompetenzverteilung.

Ich bin überzeugt, dass diese Standesinitiative eine wichtige und notwendige Debatte auf Bundesebene anstossen und zu einer sachgerechten Weiterentwicklung unseres Gesundheitssystems beitragen kann. Daher empfehle ich Ihnen, die Überweisung dieser Standesinitiative zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich kann es relativ kurz machen, auch die SVP unterstützt diesen Antrag zur Einreichung einer Standesinitiative. Man kann dementsprechend auch inhaltlich auf die Voten von Kollegen Rechtsteiner und Moesch verweisen. Ich denke, inhaltlich sind sich ja auch alle einig, dass hier auch etwas geschehen muss. Deshalb vergibt man sich auch nichts, wenn man hier jetzt der Standesinitiative zustimmt, obwohl ich natürlich auch Frau Eberhard recht geben muss, dass die Wahrscheinlichkeit relativ gross ist, dass diese Standesinitiative, wie viele andere auch, in Bundesbern versanden wird, aber trotzdem, inhaltlich sind wir uns ja da auch einig und dann vergibt man sich auch nichts, wenn man jetzt dem so zustimmt. Dementsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diesem Antrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich fange an mit einem mea culpa, nämlich der «Chrüzlistich», der falsch ist wegen mir, es ist nicht ein Plus, es ist ein Minus drauf. Und zwar sind die Argumente schon gesagt worden, sie sind schon benannt worden, ich will die nicht nochmal alle wiederholen, Frau Eberhard hat geredet, andere haben geredet, wieso wir die Standesinitiative nicht überwiesen haben wollen.

Was man noch nicht gesagt hat, ist die Verantwortungsdiffusion, eine mögliche, die so etwas generieren könnte, bei den Kosten und bei der Qualität. Wenn der Bund plötzlich, und wir reden jetzt von einem Bund, der ja nicht gerade wirklich in der stärksten Verfassung ist im Moment, wenn man die Weltlage anschaut, wenn man alles andere anschaut, wäre es ein bisschen naiv, denke ich, wenn man jetzt erwarten würde, dass der Bund plötzlich Milliarden ausschüttet für irgendwelche Planungsregionen im Gesundheitswesen. Also sind wir gefordert, wie wir auch schon gehört haben, dass wirklich hier bikantonal das so läuft und es läuft ja eigentlich recht gut. Vor allem in der Spitzenmedizin wissen wir, welche Eingriffe wo gemacht werden sollen und das wird gesteuert und das ist auch gut so. Das sagt sogar ein Liberaler. Also wenn wir nochmal auf die Verantwortungsdiffusion bei den Kosten und der Qualität schauen wollen, dann müssen wir sagen, wenn der Bund die Planungsregionen definieren würde, einfach so einmal durchdacht, aber die Kantone weiterhin für die Finanzierung und dann für die Umsetzung verantwortlich wären, dann haben wir doch ein Zuständigkeitschaos. Da müssen wir uns auch im ganz klaren sein. Wer haftet dann zum Beispiel bei einer Fehlplanung, wer haftet dann, ist das dann der Bund, sind das die Kantone, wer trägt überhaupt die Konsequenzen? Das ist einmal ein Argument, das vielleicht noch nicht genannt worden ist.

Dann ein zweites, das ich noch sehe oder wir noch sehen, ist die Gefahr von einer politisch motivierten Gesundheitsregion, die besteht dann tatsächlich, dass man die Gesundheitsregionen definiert durch den Bund, die dann durchaus politisch motivierte Grenzziehungen sein könnten und die sind dann nicht zwingend sachlich oder dann wirklich gut qualitätsmässig



medizinisch sinnvoll allenfalls. Also das widerspricht der Idee von einer unabhängigen evidenzbasierten Planung, wie man dem sagen würde, und das wäre der liberale Anspruch.

Und dann auch noch ein drittes und letztes Argument, Zweifel an einer Umsetzbarkeit von überhaupt so etwas in der jetzigen Situation, in der wir uns weltweit befinden einerseits, aber auch, wo sich der Bund im Moment befindet, eine interkantonale Kooperation, die ist schwerfällig, da gebe ich recht, die ist auch nicht einfach, wir merken ja das am eigenen Leib, aber das ist genau unsere Challenge und dort sollten wir unsere Energien und unsere Gelder auch sogar und all das sollte man dort wirklich investieren. Eine Bundeslösung könnte noch viel trägere Entscheidungsprozesse erzeugen und wir müssen uns immer noch bewusst sein, in der Schweiz haben wir immer noch eine hoch qualitative Medizin, ob sie teuer, nicht so teuer oder tragbar, usw. ist, das sind andere Diskussionen. Aber ich möchte einfach hier nochmals staten, wir haben immer noch mit dem USB in einem Kanton drin, das weltweit eines der besten Spitäler ist und wir bieten die Qualität in der Medizin hier an.

Und darum, all das, was ich jetzt hier gesagt habe, das sind noch die letzten drei Argumente, die mir noch gefehlt haben in der guten Debatte, die wir hier geführt haben. Und ich entschuldige mich nochmal im Namen der LDP und von mir, dass wir im «Chrüzlistich» da falsch drin zitiert sind. Also wir lehnen diese unnötige, zwar vielleicht auch gut gemeinte, aber ein bisschen naive Standesinitiative ab, was schlussendlich sicher auch nur Symbolpolitik ist und ich empfehle der GLP, sich bei der eigenen Vertreterin das nächste Mal vielleicht Auskunft einzuholen, was in Bern läuft, dort läuft nämlich genauso viel, wie bis jetzt schon gesagt worden ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): So viel Einigkeit war wahrscheinlich selten bei diesen unterschiedlichen Einschätzungen im «Chrüzlistich» und jetzt, nachdem Raoul Furlano erklärt hat, dass da das falsche Zeichen drin war bei der LDP, ist die Abstimmung wahrscheinlich jetzt in die andere Richtung gekippt. Nichtsdestotrotz werde ich noch kurz sagen, wie es die Fraktion Grüne/jgb sieht.

Wir haben es von eigentlich allen Sprecherinnen und Sprechern gehört, es gibt eigentlich eine Einigkeit, wie wichtig die interkantonale, die regionale Zusammenarbeit und die gemeinsame Planung ist und jetzt haben wir hier diese Standesinitiative, auf Bundesebene gibt es schon diverse Vorstösse, und jetzt sind wir auf der Ebene, was bringt diese Standesinitiative, ist es ein symbolischer Akt oder nicht. Und das haben wir natürlich auch bei uns in der Fraktion diskutiert und wir kamen jetzt zum Schluss, dass wir tendenziell eher für Überweisung sind. Es ist ja eine Erstüberweisung. Wir hatten damals noch nicht die Argumentation des Regierungsrates, der das nicht entgegennehmen will, das haben wir jetzt gehört, das war sehr ausführlich, aber vielleicht kann man das dann ja noch in einer schriftlichen Stellungnahme haben.

Wir sind der Meinung, das könnte die Diskussion beleben, auch auf Bundesebene. Wir sind der Meinung, es ist eine sehr wichtige Diskussion, weil das Gesundheitswesen nicht dort steht, wo es stehen könnte, und wir sehen auch den Bundesrat eigentlich in der Verantwortung, mehr in der Koordination zu unternehmen, damit das auch in anderen Regionen gut funktioniert. Da könnten wir ja als Kanton Basel-Stadt auch eine kleine Vorbildfunktion übernehmen, wie es auch schon ausgeführt wurde von Regierungsrat Lukas Engelberger.

Wie schon gesagt, wir sind jetzt auch nicht der Meinung, dass es unbedingt sein muss, wir sind aber in der Tendenz eher in Richtung, ja, wir können damit die Diskussion innerhalb der Schweiz damit beleben, aber die Diskussion, wie sinnvoll Standesinitiativen sind, die haben wir, glaube ich, bei jeder Standesinitiative mehr oder weniger auch schon behandelt und diskutiert. Also wir sind für Überweisung, für eine Erstüberweisung und danken Ihnen, wenn Sie uns folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht für ein zweites Votum an Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte gerne die Gelegenheit nutzen, noch kurz ergänzend festzuhalten, dass wir selbstverständlich uns bewusst sind, dass wir in der Regionalisierung der Planungen im Gesundheitswesen noch weitere Fortschritte benötigen. Dafür hat mir vorher die Redezeit nicht mehr gereicht. Ich nehme das selbstverständlich mit, dass das auch eine Forderung ist aus dem Parlament und ich kann Ihnen noch sagen, dass wir daran auch arbeiten und uns dafür einsetzen in den Gremien der Gesundheitsdirektorenkonferenz. Ich habe diese Empfehlungen zur Spitalplanung erwähnt. Das ist eine ziemlich detaillierte Anleitung, wie wir den Kantonen empfehlen, ihre Spitalplanung zu machen und ich kann sagen, dass die Allermeisten sich in ihren Planungen auch an derselben Methode orientieren und dort wollen wir jetzt eben einen weiteren Schritt in Richtung dieser regionalen Erhebung der Patientenströme und in Richtung der regionalen Planung anstreben. Wir arbeiten daran. Ich sage zwar hier, dass ich dankbar wäre, wenn wir diese Standesinitiative nicht einreichen



würden, aber ich sage gar nicht, dass wir in dem Bereich keine Arbeit mehr hätten und kann Ihnen in Aussicht stellen und versprechen, dass wir da selbstverständlich dranbleiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Ich wollte nur kurz erwähnen, dass diese Standesinitiativen gar nicht so schlecht sind. Also ich habe eine Standesinitiative mit Annina von Falkenstein von der LDP für das Konversionsverbotsgesetz auf Bundesebene eingereicht und diese Standesinitiative hat sich dann zu einer Kommissionsmotion entwickelt. Also es ist durchaus so, dass man mit Standesinitiativen etwas bewirken kann und ich bin ein bisschen überrascht, dass man immer, wenn die Standesinitiativen kommen, auch von neuen Ratsmitgliedern mitbekommt, dass das nichts bringt. Es bringt etwas und in diesem Sinne hoffe ich, dass wir doch noch ein paar Stimmen bekommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hätte der Antragsteller Tobias Christ. Die Zweitunterzeichnerin Claudia Baumgartner verzichtet auf ein Votum.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 61 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006309, 09.04.25 09:50:26]

Der Grosse Rat beschliesst

die Standesinitiative nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Standesinitiative nicht überwiesen mit 61 Nein-Stimmen gegen 31 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

7. Motion 1 Michela Seggiani und Konsorten betreffend Gestaltung von nachhaltig erfolgreichen Matching - Prozessen zwischen Jugendlichen und Lehrbetrieben in der Berufslehre

[09.04.25 09:50:33, 25.5087.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu überweisen.



8. Motion 2 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Ausbau der Sportflächen für den Breitenfussball

[09.04.25 09:51:04, 25.5088.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldung vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu überweisen.

9. Motion 3 Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb

[09.04.25 09:51:30, 25.5089.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Das Wort geht an Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Ich beantrage im Namen der SP-Fraktion die Überweisung der Motion Balmer und Konsorten und führe Ihnen gerne kurz aus, wieso wir und auch die Grünen, für die ich hier sprechen darf, das eine gute Idee finden. Was will der Vorstoss? Ein Rahmenkredit für den Landerwerb mit 260 Millionen Franken. Und wieso wollen wir das? Für das Vorantreiben einer aktiveren Bodenpolitik. Das hat für einen kleinen Stadtkanton wie uns nur Vorteile. Boden ist ein wertvolles Gut, er lässt sich weder vermehren noch importieren und Boden ist die Grundlage für viele unserer Grundbedürfnisse, darunter auch das Wohnen. Und dass der Boden gerade in Basel knapp ist, das versteht sich von alleine. Investitionen in Landkäufe lohnen sich also umso mehr und das meine ich durchaus ökonomisch betrachtet. Das zeigt die ökonomische Entwicklung eindeutig. Das wusste schon Bernoulli und das wissen auch andere kleine Stadtstaaten und Städte wie Singapur, Kopenhagen, Helsinki und andere, die durch Baurechtsabgaben die Stadtentwicklung aktiv vorantreiben.

Dass sich auch die Basler Stimmbevölkerung mehr aktive Bodenpolitik wünscht, das bringt sie in Abstimmungen immer wieder deutlich zum Ausdruck. Sei es die Bodeninitiative oder auch die Abstimmung «Recht auf Wohnen» oder auch nationale Abstimmungen zum Thema, wie zum Beispiel die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen», mit der ein Vorkaufsrecht eingeführt hätte werden sollen, da hat die Basler Stimmbevölkerung mit 60 Prozent Ja gesagt. Für uns ist klar, der Regierungsrat hat sich im Rahmen der Umsetzung der Initiative «Recht auf Wohnen» das Ziel gesetzt, den Anteil an preisgünstigem Wohnraum bis 2050 auf 25 Prozent zu erhöhen und dieses Ziel, das erreichen wir nur mit erhöhten Anstrengungen und zusätzlichen Investitionen in den Landerwerb.

Aktive Bodenpolitik heisst für uns aber nicht, dass dann der Kanton selber dieses Land bebauen bzw. verwalten muss. Die Abgabe im Baurecht ist eine zentrale Komponente der aktiven Bodenpolitik. Und wenn Sie den Vorstoss aufmerksam gelesen haben, dann steht da auch nichts von Genossenschaften oder von gemeinnützigen Baurechtsträgern, im Gegenteil, es ist explizit von Baurechtsabgaben an private Trägerschaften die Rede. Niemand soll hier von Vornweg ausgeschlossen werden.

Der Vorstoss ist aus unserer Sicht also sehr wohl mehrheitsfähig und wir würden uns sehr freuen, wenn wir hier auch auf bürgerliche Unterstützung zählen könnten. Letztlich geht es uns darum, Gestaltungsspielräume zu schaffen und zu nutzen, denn dort, wo uns der Boden gehört, dort, wo wir Baurechte vergeben, da können wir anders mitgestalten. Das sehen wir nicht zuletzt an ganz vielen Beispielen, die wir bereits kennen. Erlenmatt Ost, Baurechtsvergaben der IBS am Kohlistieg, Schoren, Burgfelderstrasse, Westfeld, Volta Nord, Walkeweg, usw. Auch in Riehen kennen wir das System, beispielsweise am Höflirain wurden sieben Reiheneinfamilienhäuser im Baurecht erstellt.

Wir sehen die Möglichkeiten, die sich in so einem Modell bieten, aber auch bei anderen Baurechtsgeber*innen, wie zum Beispiel der Stiftung Habitat auf dem Lysbüchel, wo sie eben ihren Boden durch diese Baurechtsabgaben sehr differenziert, sehr vielfältig, sehr kleinteilig entwickeln. Eben nicht nur mit planungsrechtlichen Vorgaben, wie wir das über Zonenplan,



usw. machen, sondern durch die aktive Gestaltung in den Baurechtsvereinbarungen. Das ist es, was wir meinen, wenn wir von aktiver Stadtentwicklung sprechen.

Nicht zuletzt möchte ich noch ein Beispiel erwähnen, mit dem wir uns ebenfalls schon beschäftigt haben, das uns noch weiter beschäftigen wird, nämlich das Hafenaerial, das ja uns bereits gehört. Und auch da haben wir bereits erste Entscheide gemeinsam getroffen, eben nicht nur planungsrechtlich, da können wir mitentscheiden, wie gross dieser Park werden soll oder ob da auch Baurechtsabgaben im Stockwerkeigentum zum Zuge kommen können.

In diesem Sinne fordert der Vorstoss nichts Neues, sondern einfach mehr von dem, was bereits sehr gut funktioniert. Wir hoffen, dass Sie in diesem Sinne zumindest der Erstüberweisung zustimmen werden, und ich freue mich im Namen der SP-Fraktion und der Fraktion der Grünen über Ihre Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Wohnen ist ein Grundbedürfnis von allen Menschen. Man kann gar nicht darauf verzichten, alle Menschen müssen irgendwo wohnen. Als Kantonsparlament haben wir eine Mitverantwortung, dass in Basel-Stadt genügend und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung steht. Mit dieser Motion von Ivo Balmer können wir etwas dazu beitragen. Der Boden ist ein äusserst knappes Gut, insbesondere in unserem kleinen Kanton und es kann nicht vermehrt werden. Der Wohnungsleerstand ist sehr tief, der Markt ist verzerrt und überhitzt, was die Spekulationen begünstigt, die in niemandes Interesse ist. Insbesondere für Familien ist es zurzeit sehr schwierig, eine genügend grosse und auch bezahlbare Wohnung zu finden. Ganz wichtig, staatlicher Landkauf bedeutet nicht staatlicher Wohnungsbau. Ich befürworte, dass der Kanton Land kauft, das er im Baurecht vergibt. Der Kanton besitzt den Boden noch, aber Private bauen darauf Wohnliegenschaften. Diese Privaten können Wohnbaugenossenschaften, aber auch gewinnorientierte Unternehmen sein.

Noch ein Blick in den Osten. Im Jahr 2022 hatte die Stadt Zürich für rund 184 Millionen Franken neun Grundstücke erworben, im 2023 für insgesamt 358 Millionen Franken 15 Grundstücke. Im Budget 2024 hatte der Stadtrat für den Landerwerb sogar 500 Millionen Franken vorgesehen. Wir sind etwas bescheidener. Die vorliegende Motion fordert nur eine Rahmenausgabenbewilligung für 260 Millionen Franken für Landerwerb, also kein jährlicher Betrag. Eine Preistreiberei im Immobilienmarkt entstand in der Stadt Zürich übrigens nicht. Die Stadt kauft höchstens fünf, in extremen Jahren zehn Prozent des Volumens. Dadurch entstand keine Preistreiberei. Die Stadtverwaltung verfügt über eine Schätzungskommission mit grosser Erfahrung. Diese bewertet die Areale und berücksichtigt einen eventuellen Arrondierungsmehrwert bzw. das Potenzial eines Grundstücks. Daraus ergibt sich eine klare Angebotslimite. Die Stadt kauft nicht einfach alles, was auf den Markt kommt, und genauso würde unser Finanzdepartement den Landerwerb bestimmt auch umsetzen.

Mit diesem Landerwerb profitiert unsere Bevölkerung und der Kanton gleich mehrfach. Viele Menschen erhalten bezahlbaren Wohnraum, der Kanton kann Geld nachhaltig und sicher anlegen und der Staat muss wegen den fairen Mietpreisen in diesen Liegenschaften potenziell weniger Mietzinsbeiträge auszahlen. Ich empfehle Ihnen deshalb auch im Namen der EVP und einem Teil der Mitte, diese Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Im Namen der LDP-Fraktion sprechen wir uns gegen die beantragte Rahmenausgangsbewilligung aus, zumindest in der vorliegenden und unklaren Form. Einen Gedanken zur Bernoullis Absicht, der hier immer wieder zitiert wurde, nach meiner Lesart war es vor allem sein Ziel, für raumplanerische Ziele sinnvoll Boden und Flächen zu halten, um dann beispielsweise Spitäler oder andere Infrastrukturen bauen zu können, welche in Zukunft durch die Gesellschaft benötigt werden. Das heisst, kleine Flächen vermeiden, damit man dann später auch Handlungsspielraum hat, zum Beispiel um eine Schule zu bauen. Das ist zugegebenermassen gerade in der Stadt Basel nicht passiert und ein Problem, das wir heute kennen. Nun ist es aber so, dass unsere Stadt anders gewachsen ist als zum Beispiel auch Singapur und andere Städte, wo der gesamte Boden in der öffentlichen Hand ist. Jetzt einzugreifen ist einfach relativ teuer und birgt Risiken der Wettbewerbsverzerrung. Ein generelles Ankaufen des gesamten Bodens war meines Erachtens also auch nicht die Absicht von Herrn Bernoulli.

Es braucht also eine klare Strategie. Was soll für welchen Grund gekauft werden? Die LDP-Fraktion hat grosse Mühe, den Markt derart zu verzehren, dass jeder Private weiss, der Kanton ist in der Pflicht, zuzukaufen. Das ist auch im Kanton Zürich ein Problem. Ratskollege Christoph Hochuli hat von diesem Fonds erzählt, hier wurde ein Fonds geöffnet, der immer weiter gespiesen wird und der Druck wird immer grösser, auch gegenüber der Stadtregierung in Zürich, dass sie kaufen müssen, aber die wollen gar nicht und das führt dann auch zu Fehlanreizen. Wir wollen einfach verhindern, dass es ein wilder Zukauf gibt, der unkoordiniert ist.



Kommen wir zurück zum Status Quo. Der Kanton verfügt bereits heute über die Möglichkeit, eine aktive Bodenpolitik zu betreiben, gestützt auf § 50a des Finanzhaushaltgesetzes. Dort steht, dass die aktive Bodenpolitik ein Ziel ist. Diese wird auch genutzt, etwa mit dem Erwerb des Clara-Areals oder der Liegenschaft an der Gartenstrasse, um einige grössere Beispiele zu nennen. Diese haben auch über mehrere 100 Millionen gekostet. Das sieht man auch in den Bewegungen des Finanzvermögens der letzten Jahre und des Immobilienvermögens. Und es kommt, lieber Kollege Hochuli, zu einer Preistreiberei, das wurde uns beim Clara-Areal bekannt gemacht und beim Horburg wurde es diskutiert. Aber auch in Gesprächen mit Gesellschaften, die nun Liegenschaften in Zürich halten, wurde mir das so mitgeteilt, dass die ein grosses Problem damit haben, dass immer die Klinge über einem schwebt, dass die öffentliche Hand zugreifen will oder kann. Eine zusätzliche Rahmenausgabenbewilligung ist deshalb nicht notwendig.

Völlig unklar bleibt auch, was die Motionäre mit dieser Rahmenausgabenbewilligung bezwecken. Geht es um Käufe ins Finanzvermögen, die heute in der Kompetenz des Regierungsrats liegen, oder um Käufe ins Verwaltungsvermögen, welche ohnehin dem Grossen Rat zur Genehmigung unterstehen. Da das Verwaltungsvermögen bereits heute durch das Parlament bewilligt wird, muss davon ausgegangen werden, dass sich die beantragte Bewilligung auf das Finanzvermögen bezieht. Gerade in diesem Fall ist aber Zurückhaltung angezeigt, denn eine Rahmenausgabenbewilligung wirkt nicht nur als Ermächtigung, sondern auch als mögliche Begrenzung. Ist es also eine bis Bestimmung oder ein Mindestbetrag, über wie viele Jahre soll diese Rahmenausgabenbewilligung wirken?

Wenn natürlich der Vorschlag ist, dass wir diese Ausgabenbewilligung als Demokratisierung des Kaufes ins Finanzvermögen anschauen, dann können wir gerne darüber diskutieren, wenn man zum Beispiel sagt, über die nächsten vier Jahre bis maximal diese über 200 Millionen. Aber wenn es einfach zusätzlich zu der ohnehin geforderten und verankerten aktiven Bodenpolitik ist, dann verstehe ich nicht ganz die Sinnhaftigkeit. Zudem drohen Eigentums- und wohnpolitische Fehlanreize, das wurde schon mehrfach gesagt, das wurde auch beim Horburgpark immer wieder auch glaubhaft dargelegt. Die Regierung wollte dieses auch nicht kaufen und ist auch bei sonstigen Immobilien nicht interessiert und muss sich dann immer wieder auch dagegen wehren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Diese wird entgegengenommen.

Tim Cuénod (SP): Keine Frage zu Ihrer einwilligen Leseart zu Bernoulli, sondern wenn Sie sagen, dass in Zürich diese Bodenpolitik preistreibend ist, wie erklären Sie sich dann, dass die Bodenpreise und die Wohnpreise in Vorortsgemeinden von Zürich, die überhaupt keine aktive Bodenpolitik betreiben, zum Teil deutlich stärker angestiegen sind?

Michael Hug (LDP): Ich nehme an, das hat auch mit dem Preis an sich zu tun, dass in den Vorortsgemeinden auch die Preise noch günstiger waren zum Zukauf und die Regulierungsdichte auch kleiner ist als in den städtischen Zentren wie Zürich oder Basel. Das sieht man im Übrigen auch in Baselland momentan.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diese Motion nicht zu überweisen. Wo man aber dem Motionär durchaus Recht geben muss, wenn man der Meinung ist, dass der Kanton aktiver werden soll, dass er eine aktivere Bodenpolitik betreiben soll, dann ist es durchaus intelligenter, eine derartige Motion einzureichen, als wenn man zehn verschiedene Motionen einreicht und sagt, kauft konkret dieses oder dieses Areal, weil dort hätte dann der Kanton, gerade bei einer Zweitüberweisung einer Motion, kaum Handlungsspielraum und würde von einem Privaten dann wahrscheinlich noch über den Tisch gezogen. Dementsprechend würde es durchaus mehr Sinn machen, wenn man der Auffassung ist, man soll aktiver sein, eine derartige Motion einzureichen. Da gebe ich dem Motionär Recht.

Die SVP-Fraktion ist aber nicht der Meinung, dass hier der Kanton noch aktiver werden muss. Wir sind der Meinung, der Kanton soll sich auf seine zentralsten Staatsaufgaben konzentrieren. Es gibt bereits jetzt Möglichkeiten, wie der Kanton situativ schauen kann, wo er eine aktive Bodenpolitik betreibt, zusätzliches Engagement ist aus unserer Sicht in diesem Bereich nicht nötig. Und ich denke auch, wir haben in diesem Kanton genügend Möglichkeiten, wie preisgünstiger Wohnraum geschaffen wird, beispielsweise mit den Möglichkeiten des Kantons, eine Bodenpolitik zu betreiben, aber auch bei den Transformationsarealen, wo ja das Entwicklungspotenzial am grössten ist für die nächsten Jahrzehnte. Dort haben wir ja mit dem Gegenvorschlag zur Initiative «Basel baut Zukunft» einen guten Kompromiss auch erzielt und dort wird in den nächsten Jahrzehnten auch sehr viel günstiger Wohnraum entstehen.



Dementsprechend sind wir der Meinung, die Instrumente genügen, so wie sie jetzt sind, es braucht nicht noch eine aktivere Bodenpolitik und der Staat soll sich auf seine wesentlichen Aufgaben konzentrieren und es gibt ja auch genügend Regulierungen und Dinge, an die sich auch Private halten müssen, wenn sie neuen Wohnraum erstellen lassen. Dementsprechend benötigt es hier dieses Zusatzengagement des Staates nicht und dementsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Wir haben schon viel gehört über das Thema. Auf der einen Seite läuft alles gut, alles wunderbar, auf der anderen Seite hören wir die Befürchtungen. Ich möchte kurz ein bisschen auf die Realität eingehen. Investoren verlassen die Stadt, den Handwerkern geht die Arbeit aus, die Wohnbautätigkeit ist stark rückläufig. Wir haben das hier drin schon ein paarmal thematisiert, jeder, der mit offenen Augen durchs Leben läuft, muss konstatieren, dass diese Wohnraumschutzbestimmung die ganze Wohnbautätigkeit an die Wand gefahren haben.

Ende März hat der Kanton die Statistik über die Wohnproduktion im letzten Jahr veröffentlicht. Ein Thema, das scheinbar nicht so gross auf Beachtung gestossen ist, im Jahr 2024 wurden noch 151 neue Wohnungen produziert. In den vergangenen zehn Jahren wurde jeweils ein Mehrfaches davon produziert, der Höchststand war im Jahr 2022, das waren 900 neue Wohnungen. Diese 151 Wohnungen sind noch 15 Prozent vom Höchststand. Wenn wir das jetzt ein bisschen mit anderen aktuellen Veränderungen anschauen, der Börsenkurs ist in den letzten Tagen und Wochen um 10 bis 15 Prozent zurückgegangen.

Diese Neubauten von Wohnungen sind etwa 80 Prozent zurückgegangen und wir wollen jetzt hier drin wirklich nochmals über zusätzliche Massnahmen in diesem Bereich diskutieren und die Attraktivität für Investoren noch mehr schmälern. Das wollen Sie wirklich erreichen. Statt Deregulierung wollen Sie noch mehr staatliche Eingriffe und den Preis noch mehr treiben, damit am Schluss die Investoren die Stadt noch mehr verlassen. Das wollen Sie tatsächlich. Sie können das auch anders verkaufen, aber das ist die Konsequenz von dem, was Sie hier jetzt da fordern. Sie ignorieren die aktuellen Zahlen, Sie ignorieren, wo unser Markt steht, wenn man noch vom Markt reden kann, und wollen jetzt zusätzlich noch 260 Millionen ins Kässchen tun und damit marktreibend sein, preistreibend sein. Das verstehe ich nicht. Die FDP ist dagegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Seiler, es gibt eine Zwischenfrage von Ivo Balmer. Diese wird entgegengenommen.

Ivo Balmer (SP): Nur kurz, weil Sie auf die Wohnbaustatistik verwiesen haben. Haben Sie die Begründung gelesen des Kantons, Zinsentwicklung und Baupreisteuerung als Stichwort?

Daniel Seiler (FDP): Der Kanton hat gesagt, es ist nicht klar, wo das herkommt. Es gibt verschiedenste Faktoren und er hat auch darauf hingewiesen, dass es durchaus auch einen Zusammenhang haben kann mit den Wohnschutzbestimmungen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Die Fraktion BastA bittet Sie, die vorliegende Motion ebenfalls zu überweisen und zu unterstützen. Salome Bessenich hat schon einige gute Argumente gebracht, vielen Dank, hätte ich mich auch anschliessen können, aber ich sage es jetzt noch kurz für BastA.

Ich werde auch nochmal erwähnen, das Stimmvolk hat mit der Bodeninitiative klar manifestiert, dass es den Kanton befähigen möchte, eine aktive Boden- und Wohnpolitik zu betreiben und dazu gehört eben auch der Bodenerwerb, um ihn nachher zum Beispiel, ich finde schon noch wichtig, genossenschaftliche Bauträger zu nennen, aber natürlich auch die Privaten. Aber wieso auch die Genossenschaftlichen, ich denke, das ist vor allem für die jüngeren Generationen ein ganz wichtiger Aspekt, um überhaupt in den Bereich bezahlbaren Wohnraums zu kommen heutzutage. Oder eben auch, und das ist für den Kanton wichtig, zusätzliche Flächen zu erwerben, um Schulen oder eben Sporthallen zu bauen oder zu errichten oder auch um zu entwickeln. Ich denke, das ist wichtig für die Stadt, sie hier handlungsfähig zu halten, damit die Stadt sie gut managt. Wichtig, die richtigen Schulen an den richtigen Orten zu haben und diese neuen Herausforderungen auch gerecht zu werden.



Dafür dürfen es durchaus diese 260 Millionen sein, von mir aus auch mehr. Ich denke, das ist ein ganz sinnvoller Beitrag für die Entwicklung unserer Stadt. Deshalb, die Fraktion BastA unterstützt diesen Vorstoss und ich möchte Ihnen wirklich beliebt machen, ihn auch zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Mir ist nicht so ganz klar in der Diskussion, wohin es wirklich gehen soll, weil wir sind sehr einverstanden, dass wir eine aktive Bodenpolitik machen sollen. Das steht auch so im Gesetz, das machen wir ja. Selbstverständlich brauchen wir Boden für neue Schulen, für all die Sportanlagen, wobei ich Ihnen sagen kann, das ist nicht so einfach, aber wir sind dabei, wir machen das ja. Aber was Sie hier verlangen, ist eigentlich eine Prinzipienänderung. Wir machen das bisher im Finanzvermögen und Sie wollen jetzt, dass wir es im Verwaltungsvermögen machen. Das ist der Unterschied. Da müssten wir jetzt dann eine gesetzliche Grundlage schaffen zuerst, das wäre die erste Voraussetzung, und danach müssten wir auch diesen Betrag, der würde uns zu neuen Schulden bringen, weil dieser Betrag, der ist dann nicht so wie heute im Finanzvermögen, sondern wenn diese Rahmenausgabenbewilligung kommt von 260 Millionen, dann schlägt er auf die Schulden. Ich finde, das ist jetzt finanzrechtlich nicht so sinnvoll. Ich weiss nicht, ob Sie das überlegt haben, das können wir dann auch, falls Sie es doch überweisen wollen, in der Stellungnahme zeigen.

Wir haben ja heute das Finanzvermögen, wir haben diese Möglichkeiten, die besteht ja. Sie wollen sagen, wir sollen noch mehr machen und das wird einfach gefährlich, wenn Sie uns so zwingen. Das wissen dann auch die, die verkaufen, die wissen das und dann schlagen sie den Preis noch höher. Da ist die Gefahr. Wir kaufen nicht alles, weil es zum Teil überteuert ist. Wenn es überteuert ist, heisst das, dass wir eine Wertberichtigung vornehmen müssen. Das schlägt auch gleich auf die Finanzen, daher machen wir das nicht. Das heisst, je mehr wir in den öffentlichen Fokus kommen, je mehr die Verkäufer wissen, dass wir kaufen müssen, je höher wird der Preis. Ich finde das nicht sinnvoll und ich glaube, wir haben doch in den letzten Jahren viel gemacht. Wir haben auch noch die Wohnstiftung, die auch noch Häuser aufkaufen kann, wir sind ja dabei, wir versuchen das, aber das Gebiet ist eng, die Preise sind hoch, da braucht man halt auch etwas Geduld.

Ich sehe nicht, dass wir hier nicht vorwärtsmachen. Sie haben ja die Beispiele genannt, daher habe ich das Gefühl, wir sind hier eigentlich auf Kurs mit dem, was Sie möchten, aber diese Prinzipienänderung, nun das im Verwaltungsvermögen zu machen, findet der Regierungsrat eher schwierig und eher hinderlich und auch für unseren Finanzhaushalt nicht so sinnvoll. Daher bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Franz-Xaver Leonhardt. Diese wird entgegengenommen.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Warum möchten Sie diesen Rahmenkredit vom Finanzvermögen wegnehmen? Das habe ich noch nicht verstanden.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Eine Rahmenausgabenbewilligung vom Grossen Rat ist Verwaltungsvermögen, es ist dann im Verwaltungsvermögen, das ist finanzrechtlich so. Wir brauchen das ja nicht, wir haben das Geld im Finanzvermögen. Wenn Sie das wollen, machen Sie eine Prinzipienänderung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Wie Sie gesehen haben, ist unsere Fraktion mit einer offenen Position im «Chrüzlistich», das heisst, sowohl die EVP-Fraktion wie einige der Mitte-Fraktion unterstützen die Erstüberweisung dieses Vorstosses. Natürlich schauen wir dann, welche Antwort kommt, und werden uns dann für die Zweitüberweisung unsere Gedanken machen. Aber uns scheint, selbst wenn das Instrumentarium in der Finanzhaushaltsordnung, § 50a wurde genannt, vorliegt, kann man den Regierungsrat auch ein bisschen ermutigen, etwas aktiver zu werden, als es eben hier im Moment geschieht, und aktive Bodenpolitik zu betreiben.

Ich bin auch sehr erstaunt, und das möchte ich vorwegnehmen, dass heute erzählt wird, dass irgendein Übergang vom Finanz- zum Verwaltungsvermögen verlangt wird. Das ist nicht der Charakter einer Rahmenausgabenbewilligung. Es geht beim Vorstoss auch nicht darum, mehr Sportanlagen zu bauen oder mehr Schulhäuser zu bauen, sondern es geht um eine aktive Bodenpolitik, die eine aktive Wohnbaupolitik zur Folge hat. Denn es zeigt sich, dass gerade gemeinnützige



Wohnbauträger sowohl in schlechten Konjunkturlagen als auch in guter Konjunktur investieren und Wohnungen bauen. Und hier sind wir beim eigentlichen Problem.

Es gibt ja bei der Boden- und Wohnpolitik mindestens drei Positionen. Es gibt auf der einen Seite die sozialistische und kommunistische Position, die will den Kapitalismus abschaffen, Eigentum verbieten, das ist definitiv nicht meine Überzeugung. Schauen Sie in die Geschichte, sozialistische Systeme haben immer in die Armut geführt und sind letztlich gescheitert. Dann gibt es auf der anderen Seite die kapitalistische Position, welche in keinen Markt eingreifen will, und jedes Gut den Gesetzen von Angebot und Nachfrage aussetzen möchte und diese Überzeugung teile ich eben auch nicht. Es gibt diese Position der Mitte, die anerkennt, dass es Güter gibt, die knapp sind, dass es Güter gibt, die die Märkte nicht mehr spielen lassen, und das hat Spekulation und überhöhte Preise zur Folge und diejenigen, die das Privileg haben, ein solches Gut zu besitzen, die können dann eben den Preis bestimmen. Ich bin ein Verfechter der freien Marktwirtschaft, aber eben, sie muss frei sein. Das bedeutet, wenn der Markt nicht spielt, insbesondere bei knappen Gütern, braucht ein Markt auch Regulation und Korrektur. Das ist eine tiefe Überzeugung von mir, ich bin kein Verfechter des Raubtier-Kapitalismus.

Wir alle müssen wohnen und der Wohnungsmarkt ist ausgetrocknet im Kanton Basel-Stadt, er ist dunkelrot auf der Landkarte. Das ist anders in ländlichen Gebieten, wo man noch Wohnungen finden kann, aber hier sind die Preise unter Druck oder nicht unter Druck, sondern sie sind angeheizt und das führt dazu, dass gerade Familien mit Kindern Probleme haben, bezahlbaren Wohnraum in dieser Stadt zu finden. Und hier bin ich dann beim Programm der Mitte. Wir haben es Mitte 2024 erneuert, dass die Politik des Kantons darauf ausgerichtet sein muss, den Wohnungsbau im Kanton zu fördern und sich für eine genügende Anzahl an Wohnungen zu tragbaren Bedingungen zu engagieren. Das ist die Familienpolitik der Mitte.

Aber es geht dann eben hier bei diesem Vorstoss nicht primär um Wohnbaupolitik, sondern es geht in erster Linie um aktive Bodenpolitik, dass ein beschränktes Gut auch zu guten Teilen dem Gemeinwesen, zu dem wir alle gehören, gehören darf und der gibt es dann eben ab. Und das steht drin, es steht eben nicht drin, dass wir staatlichen Wohnungsbau fördern wollen, sondern er soll ihn an Private abgeben, vorzugsweise an gemeinnützige, und ich meine nicht nur Genossenschaften damit, gemeinnützige Wohnbauträger, die auf der Basis von Kostenmiete bezahlbaren Wohnraum langfristig zur Verfügung stellen. Ich denke also, dass wir nicht mit untauglichen Lösungen wie dem Basler Wohnschutz den Besitzstand schützen sollen, sondern eben eine aktive Bodenpolitik betreiben sollen.

Hier verstehe ich nicht, weshalb Liegenschaften, die gekauft werden, im Verwaltungsvermögen sein müssen. Sie müssen im Finanzvermögen sein, denn sie sollen einen Ertrag bringen. Es geht um Baurechte, die abgegeben werden, also es geht nicht darum, Verwaltungsvermögen zu schaffen. Ich bin auch dagegen, dass dieses Land für weitere öffentliche Infrastrukturbauten benutzt wird, sondern es müssen Wohnungen gebaut werden.

Darum habe ich den Vorstoss unterschrieben und bin sicher für eine Erstüberweisung, erlaube mir aber, die allfälligen Einwände der Regierung, so sie denn plausibel sind, in der Motionsbeantwortung bei der Frage der Zweitüberweisung ernst zu nehmen. Er soll eine Ermutigung sein, der Vorstoss, § 50a FhO aktiver zu leben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Michael Hug. Diese wird entgegengenommen.

Michael Hug (LDP): Bisher konnte ja die Regierung ins Finanzvermögen eigentlich unlimitiert Liegenschaften erwerben. Mit dieser Rahmenausgabenbewilligung limitieren Sie ja den Wert, der möglich ist für Käufe. Ist Ihnen bewusst, dass Sie damit das Ziel, eine aktivere Bodenpolitik zu erreichen, eigentlich torpedieren?

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Das sehe ich nicht so, denn erstens ist nicht von einer Limitation der Rede, sondern von einer aktiven Ausgabe mal von Geld, um Liegenschaften zu kaufen, aber eben auch zur Klärung, nicht zu jedem Preis, sondern wenn Liegenschaften zur Verfügung stehen, dann soll der Staat kaufen können, wenn der Preis angemessen ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich bin schon erstaunt, welche Unkenntnis der finanzrechtlichen Grundlagen aus den Voten der Mitte hervorgehen. Die Überschrift heisst Rahmenausgabenbewilligung. In unserer Finanzhaushaltsgesetzgebung ist das im § 27 geregelt unter der Überschrift Ausgabe und Ausgabe ist eben per Definition Verwaltungsvermögen. Der Gegenbegriff ist Anlage, das zählt für das Finanzvermögen. Und ich meine, wie man das übersehen kann, also ich sage jetzt nicht, ich bin schon Beisitzer gewesen bei Examen, aber nachher haben wir Verwaltungsvermögen. Verwaltungsvermögen kann zum Beispiel auch nicht belastet werden. Ob überhaupt eine Abgabe im Baurecht aus Verwaltungsvermögen an Private zulässig



ist, kann mir dann Frau Soland beantworten. Und ich meine, diese Aktivierung des Paragraphen unter Finanzvermögen können Sie nicht mit dem erreichen. Da können Sie irgendwelche Aufforderungen machen, aber ich meine, in Basel geben wir diese zwei Welten ja langsam aus zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen und ich glaube, konsequent müssen Sie sagen, in Basel-Stadt schaffen wir das Finanzvermögen ab, ausser für die Verwaltung von Cash. Das wollen Sie, nichts anderes. Aber das hier ist wirklich nicht aktiver Landerwerb, sondern aktiver Unsinn und ich bitte auch die Mitte, ein bisschen zu überlegen und diesen aktiven Unsinn nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Somit hat Ivo Balmer das Schlusswort.

Ivo Balmer (SP): Vielen Dank für die lebhafte Debatte, wo wir jetzt am Schluss auch noch juristisch wurden und von der aktiven Bodenpolitik zum vermeintlichen aktiven Unsinn gekommen sind. Herr Hug, ich möchte gerne doch mit einem kleinen Zitat von Hans Bernoulli starten und da uns allen verdeutlichen, wie ich ihn lese und wie ich ihn verstehe. Es ist nicht derjenige, der das Gebäude baut, nicht derjenige, dem das Haus gehört, sondern derjenige, der über den Boden verfügt, der über die Entwicklung unserer Städte bestimmt. Und das ist ein Ursprungswert, das hatten wir bei Horburg, das ist «Die Stadt und ihr Boden» aus der Ausgabe 1946. Und genau hier, und da richte ich mich an die Einwände des Finanzdepartements und auch diese Verwirrung, die jetzt hier aufkommt, Hans Bernoulli macht hier klar, um was es in dieser Motion primär geht. Es geht den Gestaltungsspielraum für zukünftige Entwicklungen zu erweitern. Die Motion ist auch klar, dass sie den Verwendungszweck dieser Rahmenausgabenbewilligung für den Landerwerb und die Abgabe im Baurecht an private Bauträger*innen einsetzen möchte.

Und das ist genau das, worum es hier geht. Es geht um die aktivere Bodenpolitik. Wir haben eine aktive Bodenpolitik, das ist richtig. Wir zitieren auch den entsprechenden Paragraphen und das passiert im Finanzvermögen. Wenn ich heute höre, dass das nicht geht, wenn man das mischt, dass das jetzt im Verwaltungsvermögen sein muss, dann ist das jetzt der Zeitpunkt, das erste Mal zu überweisen und dann nehme ich gerne Empfehlungen entgegen, wie man diesen Willen, den die Motionär*innen damit ausdrücken, das aktiver zu machen. Ich wurde so beraten, dass das eine Möglichkeit ist. Ich nehme auch einen Fonds oder sonst etwas. Es geht darum, aktivere Bodenpolitik zu machen und wir bekunden unser Bekenntnis dazu, indem wir 260 Millionen heute das erste Mal zur Prüfung überweisen wollen und dann hoffentlich auch ein zweites Mal sprechen.

Eine aktive Bodenpolitik ist das zentrale Instrument für Stadtentwicklung, denn eben, wer über Boden verfügt, kann Quartiere gezielter entwickeln, Freiräume und Grünräume sichern. Das kann man alles unter der Prämisse Wohnungsbau machen und darum geht es. Der Nutzen geht aber noch weiter und da möchte ich an alle, die von der Regulierung gesprochen haben, ich glaube, es war Kollege Seiler, Bodenpolitik schafft Planungssicherheit und gibt uns als Staat und Gesellschaft die Möglichkeit, die Entwicklung unserer Stadt eben aktiv eigentumsrechtlich mitzugestalten, statt nur immer planungsrechtlich oder sonst wie hinterher zu regulieren. Also sie macht aus planerischer Reaktion proaktive Politik.

Wer heute nicht vorausschauend Boden sichert, zahlt entweder morgen doppelt so viel oder noch schlimmer, wir verlieren ganz die Kontrolle. Denn Boden, das wurde auch schon gesagt, ist endlich und bleibt nicht vermehrbar und er bildet die Lebensgrundlage aller. Wer einem sogenannten Markt ohne Angebotsausweitung und Zwangskonsum das überlässt, verliert wirklich jeden politischen Gestaltungsspielraum. Und jetzt zu diesen Argumenten der Marktverzerrung. Ich habe hier auch noch ein Zitat für Michael Hug rausgesucht, weil ich wirklich die Debatte mit Ihnen über Bernoulli schätze. Er meint wirklich im gleichen Buch auch, wenn der Boden der Spekulation überlassen wird, verliert die Gemeinschaft die Hoheit über die eigene Entwicklung.

Ich würde sagen, lassen wir doch nur das Wasser den Rhein runter fließen und nicht noch unseren Boden, ich denke, diese Weitsicht steht Basel gut und wir erhalten sie vor allen Dingen mit einer aktiven Rennbodenpolitik für die zukünftigen Stadtgenerationen. Ich bitte Sie deshalb, dieser Motion zuzustimmen und ich bedanke mich herzlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Diese wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Mich würde interessieren, wie Sie diesen extremen Rückgang von diesen über 80 Prozent der Wohnbauproduktion einschätzen.

Ivo Balmer (SP): Also Sie referieren auf die Zahlen aus Ihrem Votum. Auf den offiziellen Zahlen, ja. Ich teile die Einschätzung der Verwaltung, die klar ist, gesicherte Erkenntnis, Zinsanstieg, Baukostenteuerung. Was unklar ist, ist der Wohnschutzeffekt.



Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 40 Nein, 2 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0006313, 09.04.25 10:32:38*]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 53 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

10. Motion 4 Johannes Sieber und Konsorten betreffend Ergänzung des Kulturfördergesetzes zwecks Förderung des Kulturjournalismus

[09.04.25 10:32:43, 25.5090.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.
Gemeldet hat sich als erstes David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich teile wiederum die Meinung der Regierung. Ich bin jetzt nicht böse und rede nicht von aktivem Unsinn, sondern von fehlgeleitetem Lobbyismus. Wissenschaftsjournalismus, Quartier-Journalismus, Nachtsitzungspolitik-Journalismus, Randsportarten-Journalismus, Vereins- und Generalversammlungs-Journalismus, Basilea-Journalismus, Klatschspalten-, Glanz und Gloria-Journalismus und dann auch von Kulturjournalismus, alles mehr oder weniger förderwürdige Untergattungen des Journalismus. Jetzt wird hier eine raus gegriffen, die liegt Herrn Sieber natürlich sehr am Herzen, das schätze ich auch, sein Einsatz, aber warum gerade dies und warum nicht alles. Ich nehme an, da hat er schon Antworten gegeben in einem Interview, aber ich glaube, das kann man wirklich nicht schlüssig erklären.

Dann soll unser Kulturfördergesetz entsprechend erweitert werden. Das ist ja noch gut und nachher steht dann, er soll ein Förderinstrument vorlegen, das ist aber dann nicht definiert im Gesetz. Wir haben ganz klare Förderinstrumente im § 4 des entsprechenden Gesetzes. Ein Vorschlag, wie das zu erweitern wäre, wird nicht gesagt. In der Regel entscheidet ja dann auch nicht der Grosse Rat darüber. Ich glaube, es ist eben auch die Gefahr der Nähe in unserem Kanton zu all diesen Akteurinnen und Akteuren in diesen Sektoren. Wir wissen ja schon, wie schwierig es ist, die Mittel aus der Trinkgeldinitiative so zu verteilen, damit es nicht nur eine bestimmte Nähe ist und hier wird das dann nochmals näher zu allem, ich halte dies für untauglich. Wir haben gewisse Probleme gesamthaft, wie Medien genügend Geld verdienen können, aber ich glaube, jetzt da irgendetwas ziemlich willkürlich rauszugreifen, bringt nichts, beschäftigt die Verwaltung, geht vielleicht durch, weil dann niemand dann irgendwann ein Referendum ergreifen will, aber ich glaube nicht, dass das wirklich eine Besserung schafft. Ich glaube, dann kommen alle anderen möglichen Sparten und sagen, wenn das so ist, dann bitte auch für uns etwas.

Es ist sehr willkürlich und ich glaube, das stoppt man lieber am Anfang als sagen, ja, das ist ja gut gemeint und wir warten mal ab, was die Regierung berichtet. Wir wissen alle, was sie so in etwa berichten wird und dann wird das nochmal



überwiesen, dann kommt das irgendwann in eine Kommission, dann kommen alle anderen und sagen, wir wollen aber jetzt auch berücksichtigt werden, das ist ein Leerlauf. Es wird einige Jahre dauern und in der Zwischenzeit wird sich der Kulturjournalismus selber weiterentwickeln und in diesem Sinne stoppen Sie lieber diese Übung heute, als irgendwo in vier, fünf Jahren ein kompliziertes Gesetz zu haben, denn ganz so einfach, wie es hier gesagt wird, wird es nicht gehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Sieber. Diese wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Lieber David Jenny, ich möchte Ihnen Ihre Frage zurückstellen, warum nicht alles. Wäre denn die FDP bereit, eine Motion für Förderung des Journalismus im Allgemeinen zu unterstützen?

David Jenny (FDP): Im Allgemeinen und im Besonderen auf der ganzen Welt. Nein, ich glaube, das ist nicht die Rolle der kantonalen Kulturpolitik. Und ja, früher gab es vom Bund die verbilligten Posttarife, etc., das ist in der heutigen Zeit nicht mehr möglich. Also wenn, dann müsste es auf Bundesebene möglichst neutral sein. Ich weiss auch nicht, wie Sie hier verhindern wollen, dass dann die Baselbieter gratis in den Genuss unseres hochwertigen Kulturjournalismus kommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Warum Kulturjournalismus, weil Kultur von zentraler Bedeutung für das Selbstverständnis unseres Kantons im Herzen der Metropolregion Basel ist. Wir sind Museums- und Musikstadt mit Institutionen von internationalem Renommee. Wir sind Heimat des grössten Dreispartenhauses der Schweiz und Ausgangspunkt der wichtigsten internationalen Kunstmesse. Auch kleinere Institutionen und eine vielfältige freie Szene finden in Basel fruchtbaren Boden. Kürzlich hat Basel-Stadt das Engagement für die Jugend- und Alternativkultur substanziell ausgebaut. Mit dem neuen Förderprogramm für die Club- und Nachtkultur übernimmt Basel schweizweit eine Vorreiterrolle. Während das Budget für Kulturproduktion und Kulturmarketing steigt, sinkt aber die mediale Resonanz von Kultur.

Kulturjournalismus ist jedoch ein unverzichtbarer Teil der Kulturproduktion. Kulturproduktion ohne Kritik verpasst das Potenzial ihrer Wirkung. Ohne die Einordnung bezüglich Qualität und thematischer Einbettung in den gesellschaftlichen Kontext verliert der Kulturbetrieb gesamthaft an Bedeutung. Während der Vermittlung von Zeiten der Kulturproduktion zu Recht ein immer höherer Stellenwert beigemessen wird, schwindet die unabhängige Einordnung und Kritik, die qualitativer Kulturjournalismus leisten kann. Der Diskurs in und über Kultur entwickelt sich zur Einbahnstrasse. Die Deutungshoheit liegt bei den Institutionen, die sich Vermittlung leisten können. Alle anderen finden im öffentlichen Diskurs gar nicht mehr statt.

Es ist über die kulturinteressierte Gesellschaft hinaus, besonders aber auch für die Politik von Bedeutung, eine unabhängige, fachkundige Einordnung der Kulturprogramme und Produktionen zu haben, die sich mit Literatur, Theater, Film, Musik, Kunst und Medienkritik beschäftigt und über Hintergründe und Entwicklungen im Kulturbetrieb berichtet. Doch der Journalismus und im speziellen der Kulturjournalismus steht durch den disruptiven Wandel der Medienbranche immer stärker unter Druck. Die Kulturberichterstattung hat an ihrer Vielfalt und Qualität verloren. Die Folge, immer weniger kulturelle Beiträge und Artikel werden publiziert und wenn dann immer öfter fast ausschliesslich zu Mainstreamproduktionen. Auf der Strecke bleibt jener kulturelle Reichtum, der gerade in Basel so ausgeprägt ist und unsere Region ausmacht.

In seiner Antwort auf die schriftliche Anfrage von Johannes Sieber betreffend Massnahmen zur Förderung der medialen Resonanz von Kultur anerkennt der Regierungsrat die zentrale Bedeutung der Kultur für den Standort Basel sowie die Herausforderungen gezielter Kulturkommunikation in einer stark segmentierten Medienlandschaft. Er sieht qualitativ hochwertige Kulturberichterstattung und Vermittlung als wesentlich für Verständnis und Wertschätzung von Kultur. Im Gegensatz zur Vermittlung fehlt jedoch im Kulturfördergesetz eine gesetzliche Grundlage zur Förderung unabhängiger Kulturberichterstattung. Entsprechende Massnahmen lehnt der Regierungsrat daher ab.

Vor diesem Hintergrund fordert die GLP, diese heute fehlende gesetzliche Grundlage zu schaffen. Das soll in Anlehnung an die gesetzliche Grundlage der Vermittlung im Kulturfördergesetz geschehen. Wir machen im Motionstext einen konkreten Vorschlag und ebenso zu einem Förderinstrument inklusive einer sinnvollen Alimentierung. Das Ziel ist die Steigerung journalistischer Resonanz von Kultur sowohl etablierter Kulturinstitutionen als auch der vielfältigen freien Kulturproduktionen. Wir freuen uns auf Ihre Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Catherine Alioth.



Catherine Alioth (LDP): Die LDP ist gegen die Überweisung dieser Motion. Wir denken, dass eine gesetzliche Regelung für Kulturjournalisten in manchen Punkten gut sein kann, wir haben es soeben gehört von Ratskollegin Sandra Bothe, aber aus unserer Sicht überwiegen die Risiken.

Ein zentrales Anliegen ist die Unabhängigkeit. Kulturjournalisten müssen frei von Politik und Wirtschaft arbeiten können. Wenn wir den Kulturjournalismus unterstützen wollen, muss man sicherstellen, dass Journalisten weiterhin frei von Druck arbeiten können. Nur so kann eine objektive und authentische Berichterstattung gesichert werden, die für die gesellschaftliche Meinungsbildung essentiell ist. Ein weiterer kritischer Punkt ist die finanzielle Unterstützung, die die Motion fordert. Hier sehen wir die ernsthafte Gefahr, dass mit der Schaffung solcher Fördermittel die journalistische Freiheit empfindlich eingeschränkt wird, was auch die Unabhängigkeit der Berichterstattung beeinträchtigen würde. Sind einmal finanzielle Subventionen etabliert, könnten auch andere journalistische Bereiche, wir haben es auch schon von David Jenny gehört, wie zum Beispiel der Lokaljournalismus oder Investigativjournalismus, ähnliche Forderungen aufstellen. Dies könnte dazu führen, dass umstrittene Themen nicht mehr so unbefangen behandelt werden und eine ausgewogene Berichterstattung in Frage gestellt wird.

Der Kanton tut bereits einiges für eine umfassende und vielfältige Medienlandschaft. So fördert er mehrere Online-Plattformen, die darauf abzielen, das Publikum zu orientieren und ihm Zugang zu wichtigen Informationen zu verschaffen. Der Markt im Bereich des Journalismus sollte seiner eigenen Dynamik folgen und das funktioniert in der gegenwärtigen Medienlandschaft, die wir beobachten können. Ich schaue regelmässig in dem Medienspiegel des Theaters Basel. Dort berichten stets rund zehn Pressevertretern von den Premieren. Auch die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung zur Wahrnehmung und Nutzung des Kulturangebots, welche die Abteilung Kultur im vergangenen Jahr durchgeführt hat, zeichnen ein klares Bild. 91 Prozent der Befragten beziehen ihre Informationen über Plakate, 90 Prozent im Austausch mit anderen Menschen, 73 Prozent durch gedruckte Informationsmaterialien wie Flyer und Veranstaltungskalender. Zudem informieren sich 64 Prozent über Websites und Apps mit digitalen Veranstaltungskalendern und 60 Prozent nutzen gedruckte Zeitungen und Magazine. Diese Zahlen verdeutlichen eindrücklich, dass es keine gesetzliche Verankerung des Kulturjournalismus braucht.

Wir lehnen die Überweisung dieser Motion ab und setzen uns für unabhängigen und freien Journalismus ein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Diese wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Wenn der Journalismus, der geförderte Kulturjournalismus nicht mehr frei sein kann, ist dann die geförderte Kunst nicht frei, will das heissen, dass die Kunst in Basel-Stadt staatlich gesteuert ist?

Catherine Alioth (LDP): Entschuldigung, ich verstehe die Frage nicht richtig. Ich meine, es geht ja um die Berichterstattung und die haben wir ja auch in der Kunst. Also ich habe es nicht ganz verstanden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie, die Motion nicht zu überweisen. Es kann meiner Ansicht nach nicht Staatsaufgabe sein, Kulturjournalismus zu fördern und gesetzlich festzuschreiben und ich stelle somit auch eigentlich die Zulässigkeit dieser Motion etwas in Frage.

Die Medienfreiheit ist ein hohes Gut und darf nicht angegriffen werden, was sie aber meines Erachtens mit dieser Motion tut. Es gibt gerade auch in Basel zahlreiche Privatmedien, die angegangen werden können, über die mannigfaltige Kulturlandschaft in unserem Kanton zu berichten. Vielleicht wird es auch vom Motionär einfach als Werbeinstrument angesehen, wenn über die Kulturarbeiten mehr geschrieben wird, aber auch dafür ist das Kulturfördergesetz nicht da.

Ich bin der Meinung, dass wir, auch wenn wir so viel Geld im Kulturbereich ausgeben, dann nicht auch noch dafür bezahlen und festlegen müssen, damit darüber berichtet wird. Wir können den Medien in diesem Bereich sicher vertrauen, dass sie darüber berichten, wenn sie es für angemessen erachten. Sie zu zwingen, ist sicherlich hier der falsche Weg.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lisa Mathys.



Lisa Mathys (SP): Ich muss gerade vorwegschicken, dass ich die Vergleiche, die David Jenny gezogen hat mit anderen Berichterstattungen, die eingefordert werden könnten, ein bisschen deplatziert fand. Insbesondere wenn zum Beispiel die Berichterstattung über Nachtsitzungen hier in den gleichen Topf geworfen werden oder andere Sachen wie Kulturjournalismus, dann finde ich das ein bisschen nicht ganz korrekt eingeordnet. Ich denke, dass das Kulturschaffen, wir haben es schon gehört, in unserer Region ein sehr wertvolles Gut ist. Basel-Stadt ist stark als Kulturstandort und es ist extrem wichtig, dass dieses Kulturschaffen auch gesehen wird und auch dass es kritisch reflektiert wird.

Ich komme gerade auch auf den Vorwurf oder die Unterstellung der Abhängigkeiten und vom Druck zurück, die Catherine Alioth erwähnt hat. Ich denke gerade, das ist ja nicht gegeben, auch das Kulturschaffen an sich wird staatlich mitfinanziert und gefördert und ist deshalb trotzdem frei und umso wichtiger ist es, dass das nicht nur irgendwo im stillen Kämmerlein stattfindet, sondern dass es auch kritisch reflektiert wird medial. Und da geht es nicht nur um Werbung, da geht es um eine Einordnung ins Zeitgeschehen, ins Kulturleben in unserer Stadt und es ist extrem wichtig, dass das stattfindet. Sonst macht dann irgendwie die Finanzierung des Kulturschaffens an sich auch gar nicht mehr so viel Sinn.

Kultur ist ja nicht nur einfach schön geistiges Vergnügen, sondern es ist eine wichtige Auseinandersetzung mit dem, was in unserer Welt passiert, was in unserer Gesellschaft passiert, wie wir uns entwickeln als Welt und deshalb ist es extrem wichtig, dass das auch journalistisch einen Niederschlag findet. Die fehlende Wertschätzung für Kultur und für Kulturjournalismus in Verlagshäusern zeigt sich bei den Kürzungen, die gemacht werden in den Redaktionen der Zeitungen. Wir sehen, wo das Geld nicht mehr vorhanden ist, die Ressourcen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Natürlich ist das nicht in allen Medien so, aber in einigen und genau das ist eine falsche und gefährliche Entwicklung und die Ansiedlung, die vorgeschlagen ist im Vorstoss, im Kulturgesetz, die verdeutlicht eben gerade auch, dass es ein logischer Teil von Staatsaufgabe ist, sicherzustellen, dass Kulturschaffen auch kritisch reflektiert wird und journalistisch diskutiert wird und nicht nur einfach stattfindet und damit hat es sich.

In diesem Sinne ist die SP klar für die Überweisung dieser Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe eigentlich nicht reden wollen und habe jetzt einfach zugehört und Sie wissen ja, als Ein-Thema-Partei rede ich eigentlich immer zu meinem Thema Ausländerasyl, aber weil ich der einzige Journalist bin in diesem Parlament, möchte ich einmal ein paar Sachen klar festhalten.

Ich bin stolz, dass ich 1990 Reporter geworden bin in Festanstellung bei der grössten Zeitung von Europa, bei Bild. Und darum kann ich das auch einordnen, was ich da jetzt zu diesem Thema Geld und Journalismus sage. Ich selber bin als Mensch, Grossrat und Journalist gegen diese Motion. Die älteren Grossräte erinnern sich sicherlich noch, wenn man früher die Basler Zeitung gelesen hat, die Basler Zeitung hatte früher einen eigenen Teil, der hiess Feuilleton, einen schönen Namen. Die Basler Zeitung hatte einen Teil, lokaler Sport, Feuilleton, Wirtschaft. Gibt es den Teil Feuilleton noch in der Basler Zeitung? Nein, den gibt es nicht mehr. Sie müssen auch wissen, die Zeitungen sind private Unternehmungen und die Zeitungen, die Verlage, die haben nach wie vor genügend Geld und können ihre Journalisten selber zahlen.

Ich komme zu meinen Vorrednern. Ich bin ja einer von diesen Grossräten, der gerne zuhört und ich vermisse das, dass Sie nicht Stellung nehmen zu den Vorrednern, dass Sie nur Ihre Reden ablesen. Ich rede nur noch zu Sachen hier in diesem Parlament, die mich beschäftigen, sonst habe ich keine Zeit mehr. Ich komme zur Frau Sandra Bothe-Wenk. Sie haben gesagt, die grösste Kunstmesse ist in Basel. Aber da muss ich Ihnen sagen, Frau Bothe-Wenk, wie lange ist die Kunstmesse noch bei uns? Basel wird überrannt vom Ausland, von der Paris Art. Catherine Alioth, Sie haben richtig gesagt, es gibt genügend Förderung, da schliesse ich mich Ihnen an.

Dann nur ein Beispiel, und dann komme ich schon zum Schluss, ich habe eine eigene TV-Show, eine Fernseh-Show im staatlichen Fernsehen von Belarus. Und dort, das kann man auch im Internet schauen, trete ich auf als Chefankläger gegen die EU. Und ich bekomme auch keine Förderung und darum sehe ich nicht ein, dass die anderen eine Förderung bekommen.

Ich komme zum Schluss, zu Jenny Schweizer. Sie haben richtig gesagt, die Kultur geht runter und ich muss Ihnen einfach noch sagen, warum die Kultur runtergeht, wegen Social Media. Auch meine Kinder lesen keine Zeitung, es braucht keine Feuilleton-Unterstützung, alle Leute lesen heute bis zum Alter von 30 nur noch Social Media und das ist eben die neue Kultur. Darum muss ich einfach ganz klar sagen an den Motionär, Sie haben das falsch aufgestrickt, Sie hätten mehr für Social Media machen müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächstes hat das Wort Regierungspräsident Conradin Cramer.



Regierungspräsident Conradin Cramer: Wir sind uns einig, so habe ich es jedenfalls gehört, dass Kulturjournalismus relevant ist für den Diskurs über das Kulturangebot und ich glaube, auch unbestritten ist, dass die mediale Resonanz von Kultur in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Ein Phänomen, das nicht beschränkt ist auf Kulturjournalismus, sondern wohl generell auf qualitativ hochstehenden Journalismus, nicht zuletzt, wie wir es ja selbst erleben, auch in der Berichterstattung über das politische Geschehen.

Die Motion fordert nun, dass spezifisch der Kulturjournalismus ins Kulturfördergesetz eingeschrieben werden soll mit einem § 6 unter Vermittlung und Zugang. Der Kanton soll also in seinem Kulturfördergesetz eine gesetzliche Grundlage schaffen zur Förderung der Kulturberichterstattung und des Kulturjournalismus. Der Regierungsrat soll, das fordert die Motion so, auf dieser gesetzlichen Grundlage dann Förderinstrumente und auch finanzielle Mittel zur Verfügung stellen mit dem Ziel, die Steigerung der journalistischen Resonanz des Kulturangebots zu erwirken.

Der Regierungsrat lehnt dies ab und möchte die Motion nicht entgegennehmen. Er hält es nicht für zielführend, eine kantonale Medienförderung spezifisch im Bereich Kultur einzuführen. Bei einer solchen kantonalen Medienförderung im Bereich der Kultur würde sich eine Reihe von Herausforderungen stellen. In erster Linie wäre es eine staatspolitische Herausforderung, hier geht es um das Verhältnis von Staat und Medien. Eine staatliche Finanzierung würde eine Abhängigkeit von staatlichen Geldern schaffen. Das ist im Journalismus im Kulturbereich besonders herausfordernd. Derselbe Kanton, der Kulturinstitutionen subventioniert, würde auch noch die Berichterstattung über diese Kulturinstitutionen subventionieren. Das wäre vieles, aber jedenfalls kein Journalismus mehr im Sinn, wie wir ihn verstehen, also im Sinn einer unabhängigen, auch einer kritischen Berichterstattung.

Bei einer Medienförderung im Bereich Kultur müssten also irgendwie Massnahmen definiert werden, mit denen die Unabhängigkeit der Berichterstattung gesichert werden könnte. Wie das gehen soll, das erhellt sich mir nicht. Kulturberichterstattung und Kulturjournalismus sind Teil des Informationsangebots für die Bevölkerung. Sie sind gerade kein Vermittlungs- oder gar Marketing-Instrument. Die Medien sollen ihre Unabhängigkeit vor den Fachbehörden wahren können, die Fachbehörden, die für die Umsetzung der Kulturpolitik des Kantons zuständig sind. Ein subventionierter Kulturjournalismus via Kulturförderung mit einem Leistungsauftrag, der wird seine Unabhängigkeit nicht behaupten können. Es wird ein zahlloser, unkritischer Journalismus werden.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass jegliche Art von Journalismus, sei es Kulturberichterstattung, Sportberichterstattung, Wissenschaftsjournalismus oder eben politischer Journalismus immer auch im Kontext der Entwicklungen der Medienlandschaft gesamthaft betrachtet werden muss und lehnt es deshalb auch dezidiert ab, jetzt ein «Sonderzügli» für die Kultur zu schaffen. Wir bitten Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und nicht auf die Motion einzutreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Cramer, es gibt zwei Zwischenfragen. Diese werden entgegengenommen. Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Könnten Sie noch einmal erläutern, wie ein Definieren eines Finanzierungsgefässes dem Journalismus die Zähne ziehen soll? Wieso können Journalisten dann nicht mehr kritisch denken?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Das ist die ganze Argumentation. Wer seine Berichterstattung, finanziert mit staatlichen Geldern, wird nicht in gleichem Masse kritisch sein können mit staatlich subventionierten Kulturinstitutionen. Das ist ein systemisches Problem, das meines Erachtens nicht lösbar wäre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Patrick Marcolli von der bz hat mir vorgeworfen, ich würde mit diesem Konzept, das dieser Motion zugrunde liegt, dem Journalismus die Vermittlung nehmen. Also dass der Journalismus separat behandelt werde, sei ein Zeichen dafür, dass er nicht vermitteln. Also wenn das stimmt, dann hätten wir ja die gesetzliche Grundlage zur Förderung des Journalismus bereits mit diesem Vermittlungsartikel.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Wir haben keine gesetzliche Grundlage für eine staatliche Subventionierung von Kulturjournalismus und ich glaube, es ist sinnvoll, in dieser Frage auf Journalistinnen und Journalisten zu hören.



Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit hat der Motionär Johannes Sieber das Wort.

Johannes Sieber (GLP): Ich möchte mich zuerst bedanken bei Sandra Bothe für ihr tolles Votum und bei Lisa Mathys, nicht nur für das Votum und die Unterstützung, sondern auch das Mitdenken an der Förderung von Journalismus im Kanton Basel-Stadt. Ich finde das sehr wertvoll.

Ich möchte auf einen Punkt eingehen, der mir sehr wichtig erscheint, dass, glaube ich, Jenny Schweizer und auch Catherine Alioth irgendwie einem Missverständnis zugrunde oder aufgelaufen sind, denn die Plattformen, die der Kanton unterstützt für die Multiplikation von Veranstaltungen zum Beispiel, die für reines PR dienen oder auch Plakate, das ist kein Kulturjournalismus. Es geht in dieser Motion darum, dass wir die kritische, unabhängige Reflexion von der Kulturproduktion fördern und die ist eben genau nicht gesteuert von den Institutionen. Die soll eben frei sein und sie soll die Möglichkeit haben, die Kulturproduktion zu kritisieren, auch dann, wenn ihnen das vielleicht nicht so passt. Ich denke, wir haben ein Missverständnis zwischen den 150 Millionen, die wir für die Produktion ausgeben und diese Produktion ist ja auch nicht staatlich gesteuert. Also es ist ja nicht so, dass Conradin Cramer ins Theater geht und dort irgendwelche Texte zensuriert, also ich hoffe es zumindest nicht. Ich glaube, dieser Möglichkeit, so viel gute Kultur zu machen, sollten wir auch die Möglichkeit einer Kritik gegenüberstellen und das scheint mir sehr wichtig.

Der Punkt der Abhängigkeit, da haben wir zahlreiche Studien, die belegen, dass Medienförderung nicht zu einer Steuerung der Medien führt. Wir haben seit langem eine Medienförderung und die WOZ ist noch nicht rechter und die NZZ noch nicht linker geworden deswegen. Also das ist irgendwie ein Mythos, der immer wieder kommt. Ich habe eigentlich gehofft, dass Luca Urgese von der FDP reden wird, der kann das immer so sehr gut.

Und da möchte ich einfach sagen, was will die Motion, die Motion möchte eine Kann-Formulierung in ein bestehendes Gesetz schreiben. Damit ist noch keine Verpflichtung, dass man fördern muss, sondern man kann. Dieser Artikel, der dem Regierungsrat fehlt, hat eben in diesem Bereich vorwärtszumachen. Und ich finde es ein bisschen merkwürdig von gewissen Redner*innen, die zwar das Problem erkennen, aber nicht über eine Lösung nachdenken wollen. Denn diese Motion regt genau das an, dass wir über eine Lösung nachdenken, dass die gesetzliche Grundlage in einem Punkt geschaffen wird und dass der Regierungsrat einen Vorschlag macht, wie das den bewerkstelligt werden kann. Und genau darum geht es. Wir können diesen Vorschlag dann anschauen und wir können ihn auch ablehnen, wenn wir ihn nicht gut finden. Es ist hier keine Einführung von einer Verpflichtung für Journalismus und auch kein Budget, das gesprochen wird. Es ist einfach eine Verpflichtung, dass der Regierungsrat in dieser Medienförderung, die bereits als Anzug schon seit drei Jahren steht, einen Schritt vorwärts macht.

In diesem Sinn hoffe ich sehr, dass wir eine Erstüberweisung schaffen und der Regierungsrat dann vielleicht ausführlicher begründen kann, warum er das nicht gut findet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Messerli. Diese wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Johannes Sieber, wie lässt sich diese Motion mit der Finanzpolitik der GLP rechtfertigen, in der immer gefordert wird, dass der Regierungsrat sparen soll?

Johannes Sieber (GLP): Das kann ich gut beantworten. Wir hätten auch einfach 10 Millionen fordern können mit einer Motion, das haben wir nicht getan. Wir wollen sehen, wie das gelöst werden kann und sind dann bereit zu prüfen, ob wir das finanzieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung



54 Ja, 38 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006315,]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 54 Ja-Stimmen gegen 38 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

11. Motion 5 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Open-Source für Basel-Stadt analog Art. 9 EMBAG

[09.04.25 11:04:38, 25.5091.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

12. Anzug 1 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend zukunftsfähige Mobilitätslösungen bei Unternehmen, Veranstaltungen und Institutionen

[09.04.25 11:05:18, 25.5031.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

13. Anzug 2 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Optimierung des Tramverkehrs durch die Innenstadt

[09.04.25 11:05:47, 25.5032.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Nicole Strahm-Lavanchy meldet sich als Einzelsprecherin.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Wir sind alle interessiert an einer Entflechtung des Tramverkehrs durch die Innenstadt und danken den Verantwortlichen für das sehr grosse Bestreben zugunsten eines florierenden ÖV-Angebots. Aber was heisst eigentlich Innenstadt? Route Bankverein - Marktplatz oder wer definiert das eigentlich? Ist nicht ein grösserer Kreis rund um diesen Teil auch Innenstadt, zum Beispiel die Vorstädte über die Wettsteinbrücke bis zum Messeplatz oder das ganze Uni-



und Spitalareal? Auf jeden Fall möchten wir für alle diese Routen zukünftig eine optimale ÖV-Lösung anbieten können und das alles ohne Behinderung.

Im vorliegenden Anzug wird aber suggeriert, dass eine Entflechtung durch die Innenstadt nur mit einem Ausbau des Schienenverkehrs durch den Claragraben oder sogar künftig durch den Petersgraben geplant werden kann. Da bin ich ganz klar gegen diesen Ausbau und möchte hier auch keine Präjustiz schaffen. Diese geplanten Schieneninfrastrukturen entlang diesen Routen bergen erhebliche Risiken für die historische und kulturelle Bedeutung dieser innerstädtischen Areale. Auch der bestehende städtebauliche wertvolle Charakter leidet stark mit einem solch übertriebenen Ausbau. Hier bedarf es einer Planung, die den Charme, die Schönheit und die Nutzbarkeit des Stadtkerns schätzt und bewahrt.

Auch kann ich keine neue Tramlinien unterstützen, welche den Knoten Wettsteinplatz noch mehr zu einem Verkehrshotspot werden lassen. Wir haben in unserer Stadt als Alternative eine bereits optimal ausgebaute Ringlinie und von dieser spricht leider niemand. Es ist heute bereits möglich, vom Bahnhof SBB ins Klybeckareal zu fahren und dies braucht keinen unnötigen teuren, aufwändigen Ausbau an der Schieneninfrastruktur durch den Claragraben, nur weil ein paar Sekunden Reisezeit gewonnen werden könnten. Statt eines Ausbaus müssen alternative Konzepte zur Diskussion kommen, die sowohl eine Verbesserung der Verkehrsdynamik als auch den Erhalt unserer Stadtarchitektur ermöglichen. Ich bin sicher, dass wir in ein paar Jahren ganz eine andere ÖV-Mobilität zur Verfügung haben werden und als nur eine mit einer teuren aufwendigen Schieneninfrastruktur.

Zwischenzeitlich kann überlegt werden, ob wirklich alle Tramlinien durch die Innenstadt fahren müssen. Die Herausforderungen der urbanen Mobilität erfordern einen ganzheitlichen Ansatz, der alle relevanten Interessen berücksichtigt. Das wird leider in unserer Stadt ein wenig ignoriert. Einmal ist das nur das Velo, am anderen Tag ist es nur der ÖV. Alle diese fokussierten Konzepte laufen Gefahr, die Bedürfnisse der jeweils aller anderen Interessen zu vernachlässigen. Wir müssen andere Wege finden, die sowohl dem Mobilitätswandel gerecht werden als auch den einzigartigen Charakter unserer Innenstadt bewahren.

Die LDP bittet Sie deshalb, den Anzug kritisch auf jegliche neue Verkehrsführungen der diversen Tramlinien und auf einen Ausbau des Schienenverkehrs zu hinterfragen. Ich lehne jedenfalls aus genannten Gründen den Anzug ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich ganz kurzfassen. Nicole Strahm, ich glaube, Sie wohnen nicht in Kleinbasel, ist das richtig? Sie sind in Grossbasel, darum muss ich Ihnen als Kleinbasler sagen, der Wettsteinplatz, den Sie angesprochen haben, ist der zweitwichtigste Platz in Kleinbasel und in meinem Wahlkreis. Der wichtigste Platz ist der Claraplatz und ich finde, der zweitwichtigste Platz in Kleinbasel muss eingebunden werden in das Netz und noch mehr Verbindungen bekommen. Das wollte ich einfach sagen. Viele Leute sagen ja, auch wir und ich sage das selber, in Basel ist man schneller zu Fuss unterwegs. In Kleinbasel bin ich schneller zu Fuss unterwegs, auch wenn ich jetzt zu Fuss ins Rathaus komme. Ich bin schon im Dezember 2020 mit dem BVB-Tram in der Hauptstadt von Bulgarien, in Sofia, gefahren und das sind Trams, die Sie alle kennen, die heissen Sänften, weil man da oben und unten sitzen kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das hat nichts mit diesem Vorstoss zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich wollte nur sagen, schade, dass bei uns so alte Trämli fahren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Als Zweitunterzeichnerin darf ich hier das Schlusswort zu diesem Vorstoss halten. Der Tramausbau ist für unsere Region enorm wichtig. Wir sind eine wachsende Region und wir haben Klimaziele zu erreichen. Im Tramausbau diskutieren wir über verschiedenste Linien, Claragraben-Petersgraben, Margarethen-Verbindung, Tram 30, Bachgraben, Letten, Klybeck, etc. Einige davon könnten die Innenstadt entlasten. Einige dieser neuen Schienenstücke würden tatsächlich auch Möglichkeiten erlauben, dass nicht mehr so viele Trams über die Innenstadt verkehren müssen, da stimme ich meiner Vorrednerin Nicole Strahm-Lavanchy sehr zu. Doch diese neuen Streckenabschnitte, die werden nicht gleich morgen gebaut sein und gleichzeitig drängt sich seit längerem auch die Problematik auf, dass sich in der Innenstadt die Trams gegenseitig behindern und wir diese grüne Wand haben.



Es wurde vorhin gesagt, der Anzug suggeriere, dass nur mit diesen neuen Schienen in der Innenstadt eine Entlastung geschehen kann. Jedoch ist genau das Gegenteil der Fall. Der Anzug verlangt, dass zu prüfen ist, ob bereits vorher, ohne diese neuen Schienenausbauten, schon kleinere Verbesserungen gemacht werden können und wie diese aussehen würden. Er sagt zwar, dass antizipiert werden soll, dass neue Schienenstücke kommen sollen, diese Schienenstücke sind jedoch noch nicht beschlossen. Die Problematik drängt sich dennoch seit längerem auf und daher ist dieser Prüfauftrag sinnvoll in meinen Augen und ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 16 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006320, 09.04.25 11:14:51]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 70 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

14. Anzug 3 Lukas Bollack und Konsorten betreffend bessere Anbindung des südöstlichen Bruderholzquartiers mit dem Velo

[09.04.25 11:14:59, 25.5033.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Das wird bestritten durch Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich darf auch für die LDP-Fraktion bestreiten. Die SVP-Fraktion und die LDP-Fraktion bestreiten diesen Anzug. Wir sind der Meinung, dass es bei diesem Anzug einmal mehr darum geht, dem Autofahrer das Leben schwer zu machen, mit Tempo 30-Zonen, mit Abbau von Parkplätzen, und da machen wir hier nicht mit und sind gegen diesen Anzug.

Es gab auch schon eine schriftliche Anfrage im Jahr 2020. Dort hat der Regierungsrat eigentlich ganz klar gesagt, weshalb man dort keine zusätzlichen Velospuren installieren sollte und es wird jetzt einmal mehr mit diesem Veloweggesetz argumentiert auf Bundesebene. Und hier habe ich einfach das Gefühl, sehr viele, welche damit argumentieren, wollen es nicht wahrhaben, aber es gibt aus dieser Bundesvorgabe kein Anspruch darauf, dass in einer konkreten Strasse ein Veloweg gebaut werden muss. Der Kanton hat dort einen breiten Handlungsspielraum und immer wenn man in einem Vorstoss suggeriert, dass man jetzt wegen dem neuen Veloweggesetz hier oder hier einen neuen Veloweg bauen muss, dann ist dieses Narrativ einfach nicht wahr und dagegen wehren wir uns von der SVP-Fraktion, dass man hier, basierend auf diesem neuen Gesetz, zusätzlich in diesem Kanton dem Autofahrer das Leben schwer machen will.

Ausserdem befürchten wir gerade in den engen Gassen, die im Anzug erwähnt werden, dass dort die Parkplätze gerade auch für Eigentümer und Personen, die dort wohnen, dann einfach auch abgebaut werden und damit haben wir keinen Mehrwert. Es gibt gewisse Wege, wo Velofahrer auch durchfahren können, aber es gibt keinen Anspruch, dass überall, in



jeder Strasse ein Veloweg geschaffen werden muss basierend auf diesem Veloweggesetz. Der Regierungsrat hat auch ganz klar gesagt 2020, weshalb das in diesen Strassen nicht möglich ist und dementsprechend bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Stefan Wittlin hat sich gemeldet.

Stefan Wittlin (SP): Ich möchte ganz kurz replizieren, die SP-Fraktion unterstützt diesen Anzug. Wir hätten es lieber, wenn man ein bisschen grossräumiger denken würde, aber gerade bei der Velosicherheit ist es offensichtlich immer wieder nötig, dass wir einzelne Orte herausgreifen, dass wir konkrete Massnahmen fördern, weil einfach immer noch zu wenig gemacht wird. Es geht nicht darum, die Autofahrer*innen zu vergraulen, es geht darum, die Velosicherheit zu erhöhen und es ist wichtig, dass wir in diese Infrastruktur investieren.

Und einfach noch auf dieses Argument der schmalen Fahrbahn, eben genau da ist es wichtig, diese Velostreifen zu bauen, weil da ist die Gefahr am höchsten für die Velofahrer*innen und deshalb sind die Massnahmen, die in diesem Anzug von Lukas Bollack gefordert sind, wichtig und richtig und ich bitte Sie, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit geht das Schlusswort an Claudia Baumgartner.

Claudia Baumgartner (GLP): Ich möchte es eigentlich kurz machen. Ich übernehme hier das Votum von meinem ehemaligen Fraktionskollegen Lukas Bollack und ich möchte vielleicht kurz darauf hinweisen, ich finde es eigentlich schade jetzt von der SVP, dass wir das immer hören, dass wir hier irgendwie etwas konkurrenzieren, dass es um Parkplatzabbau geht, dass es gegen die Autofahrenden geht. Es geht überhaupt gar nicht darum, es ist ja auch ein Anzug, es geht darum, zu prüfen und zu berichten.

Stefan Wittlin hat das jetzt sehr schön gesagt, es ist wirklich bei der Velosicherheit halt so, dass man einzelne Streckenabschnitte genau anschauen muss. Deswegen möchte ich jetzt hier noch kurz das Votum halten, weil der vorliegende Anzug wurde wirklich auf Anfrage von ganz konkret betroffenen Quartierbewohner*innen jetzt nochmals lanciert. Diese Bewohner*innen, die wünschen sich direktere und sichere Veloverbindungen zwischen ihrem Quartier, dem südöstlichen Bruderholz und der Stadt sowie mit dem restlichen Bruderholzquartier. Im südöstlichen Bruderholz wohnen viele Familien. Man sieht zahlreiche Velofahrende, darunter viele Kinder, die sich selbstständig zur Schule oder für Freizeitaktivitäten bewegen.

Die offizielle Veloroute, welche das Quartier über die Jakobsbergstrasse mit der restlichen Stadt verbindet, ist jedoch für viele Fahrten nicht die direkteste Verbindung und beschert den Velofahrenden teilweise auch zusätzliche Höhenmeter. Viele weichen deshalb auf die Giornicostrasse mit direkterer Verbindung aus. Diese jedoch ist eine Tempo 50 Strasse, verfügt über keinen Velostreifen und wird zu Stosszeiten stark vom Pendelverkehr genutzt. Velofahrende berichten von gefährlichen Überholmanövern auf der Giornicostrasse, insbesondere in der unübersichtlichen Kurve zwischen Reinacherstrasse und Zur Gempenfluh. Auch bei der Bushaltestelle beim Alterszentrum Zum Wasserturm kommt es häufig zu riskanten Überholsituationen.

Wir haben es gehört, eine schriftliche Anfrage von Kerstin Wenk aus dem Jahr 2020 betreffend Velostreifen auf der Giornicostrasse wurde vom Regierungsrat aufgrund der Platzverhältnisse damals abschlägig beantwortet. Umso mehr bin ich natürlich jetzt sehr dankbar, dass der Regierungsrat jetzt bereit ist, diesen Anzug im Interesse der Quartierbevölkerung und deren Sicherheit entgegenzunehmen, also diese Situation, die sich offensichtlich seit fünf Jahren auch noch nicht wirklich merklich verbessert hat, dass man das eben vielleicht doch nochmals anschaut.

Dann auch noch die Verbindung zum restlichen Bruderholz über die ebenfalls velostreifenlose Reservoirstrasse. Diese ist zwar sicherer, stellt aber einen Umweg dar. Eine deutlich direktere Verbindung besteht über den Fussweg bei der Liegenschaft Anwilerstrasse 12, diese ist jedoch nur beschränkt nutzbar. Dort muss das Velo gestossen werden. Nur Kinder bis 12 Jahren dürfen den Fussweg befahren, was allerdings immer auch wieder zu Konflikten mit den Fussgänger*innen führt und auch Erwachsene nutzen natürlich naheliegenderweise diese selbstverständlich auch illegale Verbindung über den Fussweg.

Die Fraktion der Grünliberalen ist deshalb überzeugt, dass eine Verbesserung der Velo-Anbindung des südöstlichen Bruderholzes nötig und möglich ist und der Quartierbevölkerung einen grossen Mehrwert bringen würde, ohne gegenseitige Konkurrenzierung. Ich danke Ihnen deshalb im Namen der GLP-Fraktion vielmals für die Überweisung dieses Anzugs.



Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Baumgartner, es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Frau Baumgartner, Sie haben gesagt, es geht nicht auf Kosten der Autofahrer. Können Sie denn garantieren, dass bei der Umsetzung des Anzuges keine Parkplätze, gerade in diesen engen Gassen abgeschafft werden?

Claudia Baumgartner (GLP): Ich möchte hier die Antwort des Regierungsrates nicht vorwegnehmen, so spezialisiert bin ich jetzt nicht genau in diesem Thema logischerweise. Deshalb wollen wir es ja prüfen lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

67 Ja, 25 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006322, 09.04.25 11:23:25]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 67 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

15. Anzug 4 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Massnahmen zur Sicherung der Unterrichtsqualität und Unterstützung von Lehrpersonen ohne abgeschlossene Ausbildung an unseren Schulen

[09.04.25 11:23:29, 25.5074.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

16. Anzug 5 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Soziale Sicherheit für Frauen durch verbesserte Information & Planung - das «cash or crash»-Tool

[09.04.25 11:23:58, 25.5075.01]



Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Lydia Isler-Christ bestreitet dies.

Lydia Isler-Christ (LDP): Ich darf im Namen der LDP und der SVP reden. Wir bestreiten diesen Anzug. Lebensverändernde Umstände können Einfluss haben auf die Finanzen, auf die finanziellen Verhältnisse, das ist klar. Es gibt bestehende Beratungsangebote, die sinnvoll sind, das stellen wir auch nicht in Frage, aber sonst handelt es sich hier aus unserer Sicht wieder einmal um einen Vorstoss, der nicht nötig ist. Wie im Vorstoss bereits erwähnt, gibt es eine Studie, gibt es schon ganz viele Angebote, unterstützt auch von verschiedenen Institutionen. Die GGG ist erwähnt, Sozialversicherungen klären auch auf, im Vorstoss ist sogar der Link zu einem bereits bestehenden Angebot. Aber die Angebote anzunehmen, ist freiwillig, der Staat kann nicht für sämtliche Lebensentscheide verantwortlich sein. Im Vorstoss wird ausdrücklich eine flächendeckende Information gefordert, in der Schule, in der Verwaltung, in der Privatwirtschaft, das sehe ich sowieso als illusorisch, im Leben zählt einfach auch noch die Eigenverantwortung, wir sind mündige Bürger.

Kurz, die Fraktion der SVP und der LDP finden diesen Vorstoss unnötig. Er ist mit unnötigen Kosten verbunden und wir lehnen ihn darum ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Wir von BastA möchten diesen Anzug von Brigitta Gerber gerne überweisen, denn wir finden die Kampagne «cash or crash» sinnvoll und wichtig. Wir möchten, dass das Onlinetool, mit dem Personen im Alter von 25 bis 40 Jahren ihre Lebensentscheidungen auf finanzielle Konsequenzen überprüfen können, im Kanton Basel verbreitet und gepusht wird.

Auch wenn ich selber nicht mehr zur Zielgruppe der Kampagne gehöre, habe ich mir dieses «cash or crash»-Tool mal angeschaut und ich muss sagen, ich hätte mir gewünscht, dass es so etwas gegeben hätte, als ich jünger war. Auf spielerische Weise können mit diesem Tool Frauen und Männer wichtige Informationen zu ihrer persönlichen Lebenssituation und zu allfälligen Entscheidungen abrufen. Die Themen reichen von Teilzeit, Heirat, Kinder bis zu Karriere und Scheidung. Es wird mit dem Tool und auch mit der dazugehörigen Kampagne kein Zeigefinger erhoben, niemand wird zu irgendetwas gedrängt. Es gibt einfach gute Informationen über finanzielle Auswirkungen von Lebensentscheidungen und es gibt unseres Wissens kein anderes Tool in der Schweiz, das diese wichtigen Fragen so informativ und niederschwellig behandelt.

Dieser Anzug fordert doch lediglich, dass der Regierungsrat sich Gedanken darüber macht, wie diese Kampagne längerfristig unterstützt werden könnte. Aus diesem Grund bitten wir Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie ebenfalls, diesen Anzug zu überweisen. Wir haben in der Schweiz immer noch Lohnungleichheit, wir haben insbesondere eine grosse Ungleichheit bei der Einkommensverteilung und dann eben auch bei den Vermögen. Wenn man anschaut, welches Vermögen Frauen haben in der Schweiz im Vergleich zu den Männern, da steht die Schweiz im europäischen Vergleich sehr schlecht da.

Es geht ja nicht ausschliesslich um das weibliche Geschlecht, sondern um die Lebenssituationen. Wir wissen, dass Frauen, die Kinder haben dann im Verlauf von ihrem Leben, deutlich weniger verdienen. Die Studie, die da auch genannt ist im Anzug, zeigt das ja mit sehr heftigen Zahlen auf. Wir wissen auch, dass Paare heute häufig nicht das Modell leben, dass sie sich eigentlich wünschen. Sehr viele Männer möchten Teilzeitarbeit, sehr wenige tun es, viele Paare möchten ein egalitäres Modell, rutschen aber am Schluss in traditionelle Rollen ab. Es gibt eine riesige Diskrepanz zwischen dem, was Eltern wünschen und der Realität, in der sie landen. Einerseits hat das strukturelle Ursachen, gesellschaftliche Erwartungen, andererseits hat es aber durchaus mit Informationen zu tun und eben auch der Eigenverantwortung.

Deswegen finden wir diesen Anzug auch so wichtig, weil er Familien dabei unterstützt, eigenverantwortlich mit Blick auf die finanziellen Konsequenzen in ihrer Lohn- und Care-Arbeit Entscheide zu treffen. Die bundesgerichtliche Rechtsprechung ist hier ja klar. Die Ehe ist keine Lebensversicherung für das Erwerbsmodell, das man als Familie wählt, sondern die Frauen müssen dann nach einer Scheidung, ich sage jetzt halt die Frauen, weil es meistens die Frauen sind, die Teilzeit arbeiten, müssen nach einer Scheidung diese finanziellen Konsequenzen alleine tragen.

Wir finden es sehr wichtig, dieser Anzug, dass die Regierung diese bereits existierende Kampagne weiter stärkt in Basel, sicherstellt, dass sie zu den Zielgruppen kommt und auch finanziell schaut, dass es diese Kampagne langfristig gibt. Das ist



umso wichtiger, weil wenn man Eltern wird, erhält man von den verschiedensten Seiten x Informationen, Broschüren über gesunde Ernährung, Beckenbodentraining, soll das Baby auf dem Bauch oder auf dem Rücken schlafen, usw. sowohl Nachteile windelfreier Erziehung, aber Informationen über die finanziellen Konsequenzen der Elternschaft und wie man Care-Arbeit und Berufsarbeit organisiert, diese Informationen erhält man weiterhin nicht. Und genau das macht diese Kampagne und deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug jetzt zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Somit hat Brigitta Gerber das Schlusswort.

Brigitta Gerber (BastA): Sie haben ja im Text schon einige Argumente, aber ich danke jetzt nochmals für die guten Argumente von Heidi Mück und von Barbara Heer. Das waren wirklich gute Aspekte, besonders Beckenbodentraining, das dann berücksichtigt wird, aber alles andere, was mit Finanzen zu tun hat, eben wenig. Deshalb an die Adresse der Bürgerlichen, der Wirtschaftskreise sozusagen. Gut informierte Frauen werden wohl an einem gewissen Punkt ihre Pensen erhöhen, das zeigt ja die Studie, und das käme sicher den Schulen mit ihren knappen Personalressourcen sehr entgegen, aber sicher auch der Privatwirtschaft. Ich würde mir das überlegen, denn das sind sie, das sind die hochqualifizierten Arbeitskräfte, die wir suchen. Zumindest höre ich das von Ihrer Seite oft. Minimaler Aufwand, höchste Effizienz, das würde ich Ihnen wirklich nahelegen und deshalb diesen Vorstoss zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 35 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006325, 09.04.25 11:32:16]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 57 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

17. Anzug 6 Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Toilettensituation im Landschaftspark Wiese

[09.04.25 11:32:21, 25.5076.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen



18. Anzug 7 Stefan Suter und Konsorten betreffend Postzustellung A-Post +

[09.04.25 11:32:44, 25.5077.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

19. Anzug 8 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Dranbleiben an den Planungen für zusätzliche Grün- und Freiräume im unteren Kleinbasel

[09.04.25 11:33:06, 25.5082.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

20. Anzug 9 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Einführung Edubs-Book und dessen praktische Handhabung (Tastaturkenntnisse, Ergonomie)

[09.04.25 11:33:34, 25.5085.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

21. Anzug 10 Eric Weber betreffend Steuern senken

[09.04.25 11:34:01, 25.5105.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Eric Weber hat sich als Sprecher gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Wenn Sie der Bevölkerung einmal zuhören, was die Bevölkerung ärgert, dann sind das vier Sachen. Die Krankenkasse, die nervt mit wöchentlichen Briefen, die Steuern, die zu hoch sind, und dann Probleme mit der Einwanderung. Das sind die drei Themen, mit denen Sie die Wähler abholen können. Die Krankenkasse ist verhasst, Steuern sind verhasst und die Migration beschäftigt uns ein Leben lang.



Bei den Steuern ist das Grundproblem, dass die Steuern nicht direkt vom Lohn abgezogen werden. Wenn Sie einmal, wie viele Grossräte, im Ausland gearbeitet haben, wissen Sie, dass im Ausland die Steuern direkt vom Lohn abgezogen werden. Und dann sind Sie natürlich schnell dabei, dass Sie bei der Steuererklärung den Lohn, den Sie von den Steuern abgezogen bekommen haben, zurückbekommen, weil wenn Sie dann die Steuererklärung machen, zum Beispiel in Deutschland bekommen Sie dann zwischen 2'000 und 10'000 Euro pro Jahr zurück, und darum erledigen die Leute in solchen Ländern die Steuern schnell, weil sie ja durch die Steuererklärung die zu viel bezahlten Steuern zurückbekommen. Darum habe ich diesen Anzug gemacht, in dem ich sage, bitte die Steuern senken. Sie machen sich beliebt bei Ihren Wählern, wenn Sie auch im nächsten Wahlkampf im Oktober 2028 sagen, liebe Regierung, bitte die Steuern senken.

Und es ist jetzt kein Witz, ich war heute Morgen am Postschalter und habe meine Steuern für 2023 bezahlt. Jetzt habe ich Ruhe, das ist dann einfach schön, wenn man das gemacht hat. Vielleicht wissen Sie es nicht, wenn Sie nicht so viel mit den Wählern reden, viele Basler melden sich ab, weil sie sagen, wir wollen keine Steuern mehr zahlen. Ich habe ganz viele Leute, die mir das erzählen, Eric, wir melden uns ab, wir gehen ins Ausland zum Reisen. Das muss man wissen.

Gestern hatten Sie in der Post die Zeitschrift des Statistischen Amtes Basel und ich bin erschrocken, als ich die Zeitschrift gestern gelesen habe. Dort ist, glaube ich, gestanden, fünf oder sechs oder sieben Prozent von allen Steuerzahlern werden in unserem Kanton betrieben. Also das ist ein grosses Problem und darum habe ich diesen Anzug gemacht betreffend Steuern senken, weil ich finde, es ist genügend Geld vorhanden, aber ich weiss, ich komme nicht durch. Aber ich kann sagen, ich habe diesen Anzug gemacht und ich freue mich, bin glücklich und meine Wähler wissen, der Eric hat den Anzug gemacht betreffend Steuern senken.

Auch wenn es abgelehnt wird mit einer Stimme, kann ich das sagen, weil wir sind ein offizielles Parlament und darum bin ich stolz und glücklich, dass ich den Anzug gemacht habe und bedanke mich bei Ihnen. Vielleicht bekomme ich ja doch noch eine Stimme von der SVP, die mich auch immer bittet, dass ich für sie wählen soll. Politik ist die hohe Kunst der Kompromisse und ich bitte Sie, auch mir etwas zu geben, wenn man von mir etwas will.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 67 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006331, 09.04.25 11:38:56]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgelehnt mit 67 Nein-Stimmen.

22. Anzug 11 Eric Weber betreffend FC Basel soll die Polizei Einsätze selbst bezahlen

[09.04.25 11:39:02, 25.5106.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Das Wort hat Eric Weber.



Eric Weber (Fraktionslos): Dieser Anzug ist ganz wichtig. Wenn Sie Zeitungen lesen, mein Herz blüht auf, Städte in Deutschland stellen diesen Fussballclubs der deutschen Bundesliga Polizeieinsätze in Rechnung. Das sind Millionen von Franken an Kosten, die die Polizeieinsätze bei Fussballspielen verursachen und Sie wissen ganz genau, der FC Basel, der scheinbar Schweizermeister und Cupsieger wird, verdient Millionen, aber an der Sicherheit der Polizei beteiligen sie sich nicht. Darum habe ich mir den wichtigen Satz notiert, viele Städte Europas stellen um, stellen Rechnung dem Fussballclub. Lieber Kollega der SVP, Basel muss dem auch folgen, sonst ist Basel abgehängt wie ein Eisenbahnwaggon, der einfach abgehängt wird und die Kosten bleiben beim Steuerzahler sitzen. Ich habe diesen Anzug jetzt selber nicht erfunden, ich habe das gelesen bei einer anderen europäischen Stadt, wo Ihre Kollegen Stadträte, Gemeinderäte sagen, wir zahlen nicht mehr für die Krawalle bei der Bundesliga, wir zahlen nicht mehr für die Fussballspiele und die tausenden von Polizisten, die jedes Wochenende im Einsatz sind.

Und dann bin ich einfach enttäuscht und ich möchte das hier noch loswerden, dann reden wir immer, ja, Basel, Frauenfussball, EM-Frauenfussball, aber auch da, gut, das ist es eine andere Sache, da ist es eine Europameisterschaft, da zahlt das Gastland gerne den Beitrag an die Polizei, aber nicht beim FC Basel, der ja nach wie vor Millionengewinne macht und die Spieler auch mit Millionen bezahlt. Ich finde es doch ein Armutszeugnis, dass der FC Basel sich nicht mal freiwillig an den Kosten der Polizei beteiligt. Der FC Basel könnte ja kommen und sagen, lieber Kanton Basel-Stadt, wir sind der beliebteste Fussballclub der Schweiz, wir sind die besten Fussballer, was ja teilweise stimmt, und wir geben euch vier Millionen pro Jahr an die Polizei. Aber die Freiwilligkeit kommt nicht. Ich erfinde das ja nicht, ich lese halt gerne viele Zeitungen in der Unibibliothek und dort steht, ganz Europa stellt um und ich finde, man müsste auch in Basel den FCB gesetzlich verpflichten, dass der FC Basel für die Polizei zahlt. Aber wie gesagt, das ist nicht der Fall.

Aber wenn man dann die Zeitungen liest, heisst es immer, Basel ist wichtig, Basel ist FCB, Basel ist Fasnacht, usw., aber wenn man dann als Mensch und als Steuerzahler und als Grossrat hinter die Kulissen schaut, dann sehe ich schon irgendwie, Entschuldigung das Wort, das Grauen. Da haut jeder ab und nimmt sein Geld mit, aber die Gemeinschaft, die wir hier präsentieren, der Kanton Basel-Stadt, den wir hier präsentieren, geht leer aus. Und wenn ich manchmal traurig war, wenn der FC Basel verloren hat, hat meine Exfrau gesagt, du Eric, wir haben nichts davon, wenn der FC Basel gewinnt. Dann habe ich gesagt, ja, du hast eigentlich recht, wir haben nichts davon.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat mit den Sicherheitskosten nichts zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber wie gesagt, die Kosten sind wichtig, Geld regiert die Welt, das ist überall der Fall, ich spüre das auch, Geld regiert die Welt. Ich werde das Thema FC Basel weiterhin behandeln, weil es ungerecht gegenüber diesen Leuten ist, die Steuern zahlen und die nicht an den FCB-Match gehen und selbst die, die an den Match gehen, spenden nicht freiwillig.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 65 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006333, 09.04.25 11:44:46]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich habe eine Mitteilung zu machen:



Heute Nachmittag ab 13:00 Uhr werden der Innenhof des Rathauses und die Zuschauertribüne für Gäste geschlossen bleiben, um Sie vor angekündigten Störaktionen zu schützen. Diese Massnahme habe ich in Rücksprache mit der Kantonspolizei getroffen. Vor dem Eingang zum Rathaus wird Sicherheitspersonal präsent sein, für Mitarbeitende des Rathauses und für Sie als Grossratsmitglieder und akkreditierte Journalistinnen und Journalisten bleibt der Zugang weiterhin ungehindert möglich. Unser Weibel wird den Sicherheitsdienst dabei unterstützen, dass Sie alle erkannt und rein gelassen werden. Sie können das Velo im Innenhof parkieren, der Eingang Martinsgasse wird geschlossen werden und wird erst am Abend wieder geöffnet. Die einzige Ausnahme ist eine angemeldete Gästegruppe, die heute Abend gegen 17:30 Uhr zu uns stossen wird. Dies zu meiner Mitteilung.

23. Anzug 12 Eric Weber betreffend Schutz dem Basler Wald - das grüne Herz unseres Kantons

[09.04.25 11:45:59, 25.5107.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Der Wald, der wird auch in unserem Kanton vergessen. Ich möchte es begründen. Ich habe als Kind viel im Wald gespielt und dann hat mich eine Zecke gebissen und dann habe ich eine Hirnhautentzündung bekommen und wurde im Kinderspital gerettet. Ich lerne hier im Parlament, wir sind ein grüner Kanton, wir sind umweltfreundlich, aber keiner redet zum Thema Wald. Darum habe ich diesen Anzug gemacht zum Thema Wald. Mir ist bewusst, dass auch dieser Anzug nicht durchkommen wird, weil scheinbar bin ich, ich weiss es nicht, von der falschen Partei, aber ich habe es versucht, den Anzug Wald, ich liebe den Wald.

Wenn man wenig Geld hat, geht man Pilze suchen im Wald in Riehen. Und ich bin der einzige Grossrat, der auch den Wald in Riehen aufgeräumt hat. Ich ging «fötzelen» das nennt man so auf Baseldeutsch, im Wald von Riehen über ein Beschäftigungsprogramm des Kantons Basel. Das hat Spass gemacht, ich war noch ganz jung, aber es hat Spass gemacht. Und darum weiss man, was im Wald los ist, und dann regen sich halt viele Leute immer auf, das bekomme ich auch mit, wenn Bäume gefällt werden und das ist das Thema. Aber ich weiss, ich komme nicht durch, aber wie gesagt, Dankeschön.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 53 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006336, 09.04.25 11:48:57]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 53 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir hier drinnen mindestens 50 Personen sein sollen. Wir sind da relativ knapp am Limit.



24. Anzug 13 Eric Weber betreffend Behörden sollen Nationalität von Tätern nennen

[09.04.25 11:49:11, 25.5108.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Das Wort hat Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist meine zweitletzte Rede im Monat April. Es ist ja nur noch meine Interpellation, also möchte ich Sie da nicht überstrapazieren. Ich habe jetzt ein paar Anzüge gebracht, aber der härteste Anzug ist halt schon der und da möchte ich jetzt auch meine Kollegen von der SVP, die noch da sind, bitten, zuzuhören.

Anzug betreffend Behörden sollen Nationalität von Tätern nennen. Das ist ein ganz schlimmes Thema. Alle Zeitungsredaktionen sind tief verunsichert, was dürfen wir noch schreiben? Ich kann mich kurzfassen, ein Beispiel: Ich war als Journalist für die Märkische Oderzeitung in Frankfurt (Oder) an der Grenze zu Polen tätig. Der Chefredaktor hat an alle Journalisten geschrieben: Über Rechtspopulismus und solche Parteien dürfen Sie nur schreiben in Absprache der Chefredaktion. Und darum sind die Journalisten sehr verunsichert, weil darf die Nationalität des Täters genannt werden? Selbst ich als Grossrat komme nicht mehr draus, wenn ich Zeitungen lese, deutsche Zeitungen, aus Österreich, aus der Schweiz, aus Deutschland, dürfen diese Zeitungen überhaupt noch den Täter nennen? Teilweise wird es genannt. Und dann gibt es aber zum Beispiel die Fälle, wo jemand mit Migrationshintergrund, habe ich auch mit Grossmutter von Italien und Mutter von Deutschland, wenn jetzt aber jemand Schweizer ist wie ich, könnte man auch schreiben, wenn ich jetzt verurteilt wäre, Täter mit Migrationshintergrund. Aber ich bin Schweizer, aber ich habe auch 75 Prozent Migrationshintergrund, 50 Prozent Deutsch, 25 Prozent italienisch und 25 Prozent schweizerisch.

Darum sage ich ja hier in diesem Anzug, die Polizei und Justiz sollen künftig bei Auskünften über Straftaten die Nationalität der Tatverdächtigen nennen. Ich habe sehr viel gelernt zu diesem Anzug von Joël Thüning. Joël Thüning macht ja viel mit Statistik und dann konnte ich lesen, 2023 erreichte der Anteil ausländischer Verdächtigen mit 41,1 Prozent einen neuen Höchststand. Und das ist natürlich schon viel, das schürt natürlich auch Emotionen und ich bin mit dem gross geworden, mit dieser Kriminalität. Darum möchte ich eigentlich, dass es mal ganz klar festgehalten ist auch in unserem Kanton, dass die Behörden die Nationalität der Täter nennen. Damit es heisst, der ist aus, ich nenne jetzt keine Länder, aber dass es heisst, der ist aus diesem Land, der ist aus jenem Land, der ist so alt und dass man die Nationalität nennt und dass nicht mehr die Unsicherheit in den Redaktionen ist, was dürfen wir schreiben und was dürfen wir nicht schreiben.

Das finde ich eigentlich traurig, dass man dann als Zeitungsabonnent - der Leser ist dann böse auf die Zeitung und es gibt böse Leserbriefe, die habe ich auch immer bekommen, aber die Zeitung kann ja nichts dafür, weil ja die Zeitung die Pressemitteilungen vom Polizeidepartement oder von der Staatsanwaltschaft bekommt und wenn dort halt nicht mehr genau aufgeklärt wird, weil man Angst hat vor der Bevölkerung, finde ich das schon traurig und bin selber verunsichert, weil ich nicht weiss, was darf man schreiben, was darf man nicht schreiben. Das ist ein Thema, das den Wähler, auch Ihre Wähler hochgradig interessiert, wo der Wähler Bescheid wissen möchte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 68 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006338, 09.04.25 11:54:54]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 68 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

25. Anzug Thomas Müry betreffend thermographische Aufnahmen zur Feststellung von Energieverlusten im Gebäudebereich, Schreiben des RR

[09.04.25 11:54:59, 22.5550.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

26. Anzug Katja Christ und Konsorten betreffend smarte Stadtbeleuchtung, Schreiben des RR

[09.04.25 11:55:24, 18.5103.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

Schluss der 9. Sitzung

11:55 Uhr